

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Guntram von Schenck

Die außenpolitischen Implikationen  
des Rüstungsgeschäfts  
mit Saudi-Arabien

Bassam Tibi

Die iranische Revolution  
und die Re-Islamisierung  
im Lichte des Nord-Süd-Konflikts

Avner Yaniv / Avi Shlaim

Die innenpolitischen Determinanten  
der israelischen Außenpolitik

ISSN 0479-611 X

B 14/81

4. April 1981

Guntram von Schenck, Dr. phil., geb. 1942; Studium der Geschichte, Rechts- und Politikwissenschaft in Paris, Bonn und Tübingen; seit 1971 wissenschaftlicher Referent der SPD-Bundestagsfraktion.

Veröffentlichungen u. a.: Die deutsche Nation, in: forum ds, 8/1979; Die sozialdemokratischen Parteien der EG vor den Direktwahlen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/79; Die Sozialistische Partei Frankreichs, in: Zeitschrift für Politik 4/1978; Terrorismus als deutsches Phänomen?, in: Neue Rundschau 1/1978; Akademiker — künftig arbeitslos oder sinnvoll beschäftigt?, in: Die Deutsche Universitäts-Zeitung 24/1977; Der griechisch-türkische Konflikt, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 10/1977.

Bassam Tibi, Dr. phil., geboren 1944 in Damaskus; dort auch Schulbildung; seit 1962 in der Bundesrepublik (seit Juni 1976 deutscher Staatsbürger); Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Philosophie an der Universität Frankfurt; seit 1973 Professor für internationale Beziehungen an der WiSo-Fakultät der Universität Göttingen.

Veröffentlichungen u. a.: Die arabische Linke, Frankfurt 1969; Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel, Frankfurt 1971; Militär und Sozialismus in der Dritten Welt, Frankfurt/M. 1973; Zur Soziologie der Dekolonisation in Afrika (mit Gerhard Grohs), Frankfurt 1973; Unterentwicklung (mit V. Brandes), Köln 1975; Internationale Politik und Entwicklungsländerforschung, Frankfurt/M. 1979; Arab Nationalism. A. Critical Enquiry, London 1981; Die Krise des modernen Islam. Eine vorindustrielle Kultur im wissenschaftlich-technischen Zeitalter, München 1981.

Avner Yaniv, Dr., Lehrbeauftragter des Fachbereichs für politische Wissenschaften der Universität Haifa, Israel, und Leiter des Arabisch-Jüdischen Zentrums und Institutes für Nahoststudien der Universität Haifa; studierte an der Hebräischen Universität Jerusalem und promovierte an der Universität Oxford; von 1978 bis 1979 Gastdozent am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Avi Shlaim, Research Fellow am Woodrow Wilson Institute, Washington D. C.; studierte an der London School of Economics and Political Science der Universität Cambridge und der Universität Reading; Mitglied des Lehrkörpers des Fachbereiches für Politische Wissenschaften der Universität Reading; Autor und Herausgeber mehrerer Bücher und zahlreicher Artikel.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Klaus W. Wippermann (i. V.).

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Die außenpolitischen Implikationen des Rüstungsgeschäfts mit Saudi-Arabien

## Einleitung

Die Diskussion um den Waffenexport nach Saudi-Arabien ist in der Bundesrepublik bisher vorwiegend unter innenpolitischen Vorzeichen geführt worden. Die Richtlinien zum Rüstungsexport von 1971 und die sich daran anknüpfende Diskussion sind Ergebnis einer spezifisch deutschen Bewußtseinslage. Ohne die deutsche Katastrophe nach zwei Weltkriegen und ohne die moralische Erschütterung von 1945 gäbe es die Richtlinien von 1971 vermutlich nicht, genauso wie es Vergleichbares in Großbritannien, Frankreich, den USA oder der Sowjetunion nicht gibt. Historisch-moralischen Ursprungs sind auch Bedenken, die in der Bundesrepublik gegen den Waffenexport nach Saudi-Arabien im Hinblick auf Israel erhoben werden. Ohne die Judenverfolgung durch das Nazi-Regime gäbe es nicht diese besondere deutsche Verpflichtung gegenüber Israel.

Offenkundig innenpolitisch ist das Arbeitsplatzargument in der Rüstungsexportdiskussion. In die gleiche Richtung geht auch der in letzter Zeit vielgehörte Hinweis, daß dem Rüstungsexport unter Umständen eine Marktöffnungsfunktion für zivile Güter zukomme. Beide Argumente sind umstritten. Namhafte Stimmen schließen eine fühlbare Besserung der Arbeitsmarktsituation durch eine Steigerung der Rüstungsexporte aus<sup>1)</sup>. Gegen die Marktöffnungsthese spricht das Beispiel Frankreichs, das zwar erhebliche Mengen von Rüstungsgütern exportiert, den zivilen Markt aber überwiegend anderen Anbietern überlassen muß. Diese Kontroversen seien hier nur angedeutet, um zu zeigen, wie stark innenpoli-

tische Fragestellungen die deutsche Auseinandersetzung um den Rüstungsexport bestimmen.

Im folgenden wird diese Diskussionsebene bewußt verlassen. Im Zentrum werden die außenpolitischen Implikationen des Rüstungsgeschäfts mit Saudi-Arabien stehen. Das bedeutet keine Mißachtung der mehr innenpolitisch bestimmten Argumente, sondern ist eine unerläßliche Ergänzung. Sie ist um so notwendiger, als die Bundesrepublik — ob sie das will oder nicht — zusehends in die Rolle einer Mittelmacht hineingedrängt wird und entsprechende weltpolitische Verantwortung übernehmen muß. Das hat zur Folge, daß wir unsere Außenpolitik nicht mehr nahezu ausschließlich unter dem Blickwinkel spezifisch deutscher Gesichtspunkte betreiben können, sondern außenpolitische Implikationen berücksichtigen müssen. Natürlich sind Innen- und Außenpolitik nicht völlig voneinander zu trennen, die Wechselwirkungen sind unübersehbar; aber in der Bundesrepublik ist der außenpolitische Aspekt insbesondere im öffentlichen Bewußtsein bisher stark vernachlässigt worden.

Mit dem saudischen Rüstungsgeschäft würde die Bundesrepublik den engen geographischen Rahmen Europas verlassen und aus eigener Verantwortung in einer der umstrittensten und instabilsten Regionen der Welt Machtpolitik betreiben. Ein solcher Schritt will überlegt sein. Es wäre zu wünschen, daß die Diskussion um das Waffengeschäft mit Saudi-Arabien das Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit für Fragen der Außenpolitik schärft und einen Lernprozeß in die Wege leitet, der die innenpolitische Überfrachtung der bisherigen deutschen außenpolitischen Diskussion überwinden hilft. Nur dann wird die Bundesrepublik ihrer neuen Rolle als Mittelmacht gerecht werden können.

<sup>1)</sup> Vgl. z. B. Ulrich Albrecht, Peter Lock, Herbert Wolf, Arbeitsplätze durch Rüstung? Warnung vor falschen Hoffnungen. Mit einem Exkurs von den drei Bundestagsabgeordneten Norbert Gansel, Horst Jungmann, Heide Simonis, Reinbek bei Hamburg, 1978.

## Spannungsgebiet Naher Osten

Im Nahen Osten lagern nach Schätzungen der Experten rund 50% der Erdölvorräte der Welt. Das arabische Öl ist zum Schlüssel des Wohlstandes der Industrienationen geworden. Auch die Bundesrepublik bezieht einen großen Teil ihres Erdöls aus dem Nahen Osten. Trotz großer eigener Vorkommen, die allerdings zum Teil schwer erschließbar sind, zeigt die Sowjetunion zunehmend Interesse am arabischen Öl. Doch die Region ist von schweren Spannungen und weitreichenden Erschütterungen betroffen. Der arabisch-israelische Dauerkonflikt, der iranisch-irakische Krieg und die wachsenden Spannungen zwischen den Supermächten sind nur die herausragendsten Konflikte im Vorderen Orient. Die islamisch-fundamentalistische Revolution im Iran, der Bürgerkrieg im Libanon, die syrisch-irakischen Spannungen, die Anfänge einer secessionistischen Rebellion der Balutschen in Pakistan, das Bürgerkriegsklima im Nordjemen und die Gefahren weiterer kriegerischer Verwicklungen zwischen Somalia und Äthiopien vermitteln — ganz abgesehen von Afghanistan! — das Bild einer äußerst instabilen und äußerst gefährdeten Region.

Es gibt Stimmen, die mit dem Hinweis, es sei

doch bisher alles gut gegangen, ein aktives Engagement der Bundesrepublik in dieser Region ablehnen. Sie übersehen dabei, daß es vielleicht auf die Dauer kein deutsches Vortrecht ist, nur Nutznießer einer Situation zu sein, für die andere, wie die USA, Großbritannien und Frankreich, die Voraussetzungen schaffen. Ein deutscher Beitrag in der einen oder anderen Form könnte eines Tages unausweichlich werden. Sie übersehen dabei auch, daß sich die Bundesrepublik seit einigen Jahren politisch im Rahmen der Nahostinitiative der Europäischen Gemeinschaft sehr wohl im Nahen Osten engagiert hat. In der Erklärung von Venedig vom 12. und 13. Juni 1980 setzten sich die Staaten der EG für eine gerechte Lösung des Palästinenserproblems ein und haben entsprechende diplomatische Initiativen gestartet<sup>2)</sup>.

Eine genaue Analyse der Spannungen, Interessen und destabilisierenden Faktoren im Nahen Osten ist Voraussetzung für Überlegungen, wo eventuell ein deutsches Engagement zur Sicherung unserer Interessen sinnvoll erscheint und ob dies durch das diskutierte Waffengeschäft mit Saudi-Arabien geschehen könnte.

## Der israelisch-arabische Konflikt

Im israelisch-arabischen Konflikt ist Saudi-Arabien immer Partei gewesen, wenn es auch eher mäßigend auf die anderen arabischen Staaten eingewirkt hat. Gleichwohl verdient es festgehalten zu werden, daß Saudi-Arabien während des sogenannten Abnützungskrieges Anfang der siebziger Jahre am Suez-Kanal rund 2 000 Soldaten an der Seite Ägyptens kämpfen ließ und auch 1973 ein kleineres Kontingent entsandte, das an der syrisch-israelischen Front kämpfte<sup>3)</sup>. In der Folgezeit war die saudische Haltung dadurch gekennzeichnet, daß Er-Riad darauf baute, daß sich Washington mit seinem Gewicht in bezug auf Israel im Sinne einer umfassenden Friedensregelung durchsetzen könne. Ab Herbst 1977 wurde jedoch deutlich, daß es den Vereinigten Staaten nicht gelingen würde, gegenüber Israel Konzessionen, insbesondere in der Palästinenserfrage, durchzusetzen. Damit war für Saudi-Arabien die Hoffnung begraben, aufgrund seiner prowestlichen Politik auf eine friedliche Regelung des israelisch-arabischen

Konflikts und eine Lösung der Palästinenserfrage hinzuwirken.

Aus Gründen arabischer Solidarität, aber auch im Hinblick auf eine nicht zu unterschätzende Machtstellung der Palästinenser, die über ein erhebliches Störpotential in allen Staaten des Mittleren Ostens verfügen, ist die Lösung der Palästinenserfrage ein „essential“ saudischer Politik. Indem es die Palästinenserfrage ausklammerte, hat das Camp-David-Abkommen aus der Sicht Saudi-Arabiens die arabische Verhandlungsposition entscheidend geschwächt. Nach Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages am 26. März 1976 blieb auch Saudi-Arabien nichts

<sup>2)</sup> Zur Vorgeschichte und Tragweite dieser Initiative vgl. Dominique Moisi, *L'Europe et le Conflit israëlo — arabe*, in: *politique étrangère*, Nr. 4, 45<sup>e</sup> année, Décembre 1980, S. 835 ff.

<sup>3)</sup> Eckehart Ehrenberg, *Rüstung und Wirtschaft am Golf*, in: *Mitteilungen des Deutschen Orientalischen Instituts*, Nr. 11, Hamburg 1978, S. 62 f.

anderes übrig, als den Abbruch der Beziehungen zu Ägypten zu vollziehen und Sanktionen gegen Kairo zuzustimmen. Saudi-Arabien ist bei dieser Haltung geblieben und hat beispielsweise Präsident Reagan knapp 24 Stunden nach dessen Amtsantritt aufgefordert, das Camp-David-Abkommen zu annullieren<sup>4)</sup>. Auf einer von Saudi-Arabien in Taif Ende Januar 1981 ausgerichteten islamischen Konferenz wurde in einer Resolution der „Heilige Krieg“ gefordert, um Jerusalem zurückzuerobern. Der Begriff des „Heiligen Kriegs“ war auf der Konferenz allerdings umstritten: Für einige Araber bedeutet er bewaffneten Kampf, während er für die Mehrheit der islamischen Konferenzteilnehmer mit politischem und wirtschaftlichem Druck gleichbedeutend ist<sup>5)</sup>.

In der Bundesrepublik gibt es Stimmen, die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien schon deshalb ablehnen, weil Saudi-Arabien nach eigenem Bekenntnis ein Feind Israels sei. Sie begründen ihre Haltung mit der besonderen Verpflichtung der Deutschen gegenüber Israel aufgrund der jüngsten deutschen Geschichte. Diese Argumentation ist allerdings fragwür-

dig. Zum einen hat sich die Bundesrepublik mit der Erklärung von Venedig bereits einmal zum israelisch-arabischen Konflikt geäußert, wenn auch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Die Bundesrepublik hat damit eine politische Lösung des Palästinenserproblems befürwortet, die derjenigen sehr weit entgegenkommt, die auch von den gemäßigten arabischen Staaten, wie Saudi-Arabien, befürwortet wird. Zum anderen ist die Auffassung irrig, ein Staat, der Waffen nach Saudi-Arabien exportiere, sei auch automatisch ein Feind Israels. Das Beispiel der USA beweist das genaue Gegenteil. Israels Existenz hängt von der Garantie und der materiellen — sei es militärischer oder sonstiger — Hilfe der USA ab. Gleichwohl sind die USA auch größter Waffenlieferant der Saudis. Das Beispiel der USA zeigt auch, daß eine solche Politik, wenn sie die Existenzrechte Israels berücksichtigt, durchaus erfolgreich gerade im Sinne Israels sein kann. Die Einwände Israels und die daran sich knüpfenden Stellungnahmen deutscher Politiker<sup>6)</sup> sind deshalb als Argumente gegen den Rüstungsexport nach Saudi-Arabien nicht unbedingt stichhaltig.

## Der irakisch-iranische Krieg

Am 22. September 1980 brach der Krieg zwischen dem Irak und dem revolutionären Iran aus, und es scheint, daß er nicht in allzu naher Zeit beigelegt werden kann<sup>7)</sup>. Die Gründe für diesen Krieg sind dem Westeuropäer nicht auf den ersten Blick offenkundig. Es gibt alte Gebietsstreitigkeiten am Schatt-el-Arab, entscheidender waren aber andere Gründe. Bereits 8 Tage nach der Ankunft Khomeinis in Teheran haben Saudi-Arabien und der Irak am 9. Februar 1979 einen Freundschaftspakt geschlossen. Beide Staaten stimmten in der Überzeugung überein, daß die Hauptgefahr für die Golfregion im Zusammenwirken subversiver Kräfte mit fremden Mächten bestehe. Sie schufen deshalb unter Einschluß Jordaniens und einiger Golfstaaten ein regionales Bündnis mit dem Ziel, dieser Gefahr zu begegnen. In der islamischen Revolution Khomeinis sahen sie die Hauptquelle der Gefahr, da Khomeini auch außerhalb des Irans für den revolutionären Umsturz agitierte.

Die Unterstützung, die der Irak namentlich durch Saudi-Arabien und Jordanien im Krieg erfährt, hat das Ziel, den Iran so zu schwächen, daß er auf absehbare Zeit nicht die Rolle einer Schutz- und Polizeimacht im Golf wie unter

dem Schah übernehmen kann. Die Demütigung des revolutionären Iran soll auch potentielle Unruhestifter im eigenen Bereich entmutigen, analog dem Iran eine religiöse Agitation und Revolution zu versuchen. Schließlich soll damit auch den Vereinigten Staaten der Boden dafür entzogen werden, entsprechend ihrer Absichtserklärung in der Carter-Doktrin ihrerseits die Rolle einer Schutz- und Polizeimacht im Golf zu erstreben<sup>8)</sup>. Erklärte Absicht des Bündnisses ist es, die regionalen Probleme selbst zu lösen und zu verhindern, daß sich die Supermächte in der Region etablieren.

Ob alle diese ehrgeizigen Ziele erreicht werden, ist offen. Zweifel bestehen insbesondere hinsichtlich des zu verhindernden Engagements der Supermächte. Bisher konnte keine

<sup>4)</sup> The Times v. 23. 1. 1981.

<sup>5)</sup> International Herald Tribune v. 29. 1. 1981.

<sup>6)</sup> Parlamentarisch-Politischer Pressedienst v. 27. 1. 1981.

<sup>7)</sup> Dazu im einzelnen: Claudia Wright, Implications of the Iraq-Iran War, in: Foreign Affairs, Winter 1980/81, S. 275—303; Philippe Rondot, La guerre du Chatt-al-Arab: les raisons de l'Irak, in: politique étrangère, Nr. 4, 45<sup>e</sup> année, Décembre 1980, S. 867—879.

<sup>8)</sup> Claudia Wright, Implications of the Iraq-Iran War, a. a. O., S. 303.

sichtbare Beteiligung der Supermächte registriert werden, obwohl es einen Freundschaftsvertrag zwischen dem Irak und der Sowjetunion gibt. Je nach der Entwicklung des Krieges könnte sich aber die Sachlage sehr schnell ändern und der Krieg zum Gegenteil des erstrebten Zieles führen. Solange in Teheran der unberechenbare Khomeini regiert oder es nach dessen Tod Nachfolgeschwierigkeiten geben sollte, ist dieser Krieg regional nicht kontrollierbar.

Als zusätzliche Schwierigkeit muß auch die außerordentliche Heterogenität des von den

Saudis mitgetragenen regionalen Bündnisses gewertet werden. Das sehr konservative Saudi-Arabien ist mit dem moderat konservativen Jordanien und dem sich als revolutionär verstehenden Baath-Regime in Bagdad verbündet. Die Baath-Bewegung ist, wenn nicht anti-, so doch areligiös, während sich die Saudis als Hüter des Islam verstehen. Mit Recht wird man deshalb hinter den irakisch-iranischen Krieg und das saudische regionale Engagement mehrere besorgte Fragezeichen setzen müssen<sup>9)</sup>.

## Der Ost-West-Konflikt im Nahen Osten

Die Region erleidet unmittelbar die Auswirkungen der deutlichen Verschlechterungen in den Ost-West-Beziehungen<sup>10)</sup>. Es gibt zunächst in der Region die reale und öffentlich geäußerte Furcht, daß insbesondere der Golf ein Brennpunkt der Konfrontation zwischen den Supermächten wird. Bisher hatte sich diese Konfrontation in Berlin, Kuba oder Korea abgespielt. Die sowjetische Besetzung Afghanistans, dessen Grenzen weniger als 500 km vom Golf entfernt sind, und das, wenn auch mit Afghanistan nicht vergleichbare, gescheiterte Geiselnbefreiungsunternehmen der USA im Iran verdeutlichen, daß sich die militärischen Unternehmen der beiden Supermächte in Richtung Golf und seine kostbaren Bodenschätze verschieben. Die Besorgnisse sind dadurch verstärkt worden, daß die Vereinigten Staaten ihre Basen in Bahrein und Oman bei der Operation im Iran verwendet haben. Die Regierungen im Nahen Osten befürchten nicht ganz zu Unrecht, daß die offensichtliche Anwesenheit einer Supermacht in einer bestimmten Region ganz allgemein das Näherrücken der anderen begünstigt.

Dies haben die Golf-Anrainer erst vor kurzem erfahren müssen. Die weitgehend abgeschlossene Umwandlung des Südjemen in einen militärischen Vorposten der UdSSR ist zumindest teilweise der Grund für eine parallele Reaktion in Oman zugunsten der Vereinigten Staaten. Die Insel von Sokotra (Südjemen) wird bald ihr Gegenstück in Masira (Oman) haben und die Anlage von sowjetischen U-Boot-Stützpunkten in Aden wird in abseh-

barer Zeit durch den Ausbau von sechs Flughäfen in Oman beantwortet werden, die die schweren T 130 Herkules-Transportflugzeuge der US-Luftwaffe aufnehmen sollen. Zusätzlich zu den nördlichen Spannungsgebieten (Iran, Afghanistan, Iran-Irak) findet damit auch der südliche Teil des Golfs das zunehmende Interesse der Supermächte.

Zur Unsicherheit tragen die Zweifel an der Beständigkeit und Zuverlässigkeit der Politik der Vereinigten Staaten bei. So hat der Schah immer wiederholt, daß ihm der indisch-pakistanische Krieg von 1971 ein Lehrstück dafür geworden sei, mit welcher Leichtigkeit die USA einen Alliierten fallen lassen. Die Regierungen im Nahen Osten scheinen zu glauben, daß der Schah selbst Opfer dieser Erkenntnis geworden ist. Noch heute fragen sich die Regierenden in der Golf-Region, was Präsident Carter wohl gemeint hat, als er im November 1978 sagte, daß das Schicksal des Schahs „allein vom Willen des iranischen Volkes“ abhängt. Allgemein ist der Eindruck in der Golfregion der, daß die USA auf dem absteigenden Ast sind, ein Eindruck, der durch den Mißerfolg der Geiselnbefreiung noch unterstrichen wurde. Man fragt sich, ob es sich dabei nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt oder ob hier der langsame, aber unaufhaltsame Verfall einer Imperialmacht sichtbar wird.

<sup>9)</sup> Vgl. The Times v. 10. Februar 1981: Three Arab nations join hands for security against superpowers.

<sup>10)</sup> Dazu im einzelnen: Ghassane Salamé, Les monarchies arabes du Golfe, in: politique étrangère Nr. 4/45<sup>e</sup> année, Décembre 1980, S. 852f.

## Die Interessenlage Saudi-Arabiens

Es ist bekannt, daß die Saudis Waffen bisher ganz überwiegend aus den USA, den Rest aus Großbritannien und Frankreich bezogen haben<sup>11)</sup>. Die fast exklusive Ausrichtung auf die USA war eine Folge des außenpolitischen Konzepts Saudi-Arabiens, das in den „special relationships“ mit den Vereinigten Staaten die Grundlage für die Sicherheit des Landes sah. Verschiedene Gründe haben Saudi-Arabien bewogen, dieses Konzept zu überdenken und teilweise zu korrigieren<sup>12)</sup>. Ausgangspunkt war das Unverständnis, das Saudi-Arabien in Washington für seine Sorgen fand. Die Entwicklung am Horn von Afrika, die Saudi-Arabien als Teil einer kommunistischen Einkreisungsstrategie des Nahen Ostens sah, war daran ebenso beteiligt wie die Ereignisse im Südjemen, wo der radikal-marxistische Flügel im Sommer 1978 entscheidenden Einfluß gewann und der Sowjetunion Militärbasen zur Verfügung stellte. Washington sah diese Entwicklung weit weniger dramatisch als Er-Riad.

Saudi-Arabiens enge Anlehnung an die USA ist auch immer von dem Vertrauen getragen gewesen, daß die Vereinigten Staaten ihren Einfluß gegenüber Israel für eine gerechte Friedenslösung im israelisch-arabischen Konflikt einsetzen würden. Das bedeutete insbesondere eine Lösung des Palästinenserproblems, die Frage der Räumung der besetzten Gebiete und des Status von Jerusalem. Das Camp-David-Abkommen vom September 1978 klammerte diese Fragen aus und schwächte aus der Sicht der Araber durch den israelisch-ägyptischen Separatfrieden die arabische Verhandlungsposition entscheidend. Trotz amerikanischer Überredungsversuche brach auch Saudi-Arabien nach dem ägyptisch-israelischen Friedensvertrag vom 26. März 1979 die Beziehungen zu Ägypten ab und beteiligte sich an Sanktionen gegenüber Kairo. Die Distanzierung gegenüber Washington in dieser für alle arabischen Staaten essentiellen Frage ist durch die pro-israelischen Äußerungen des neuen Präsidenten Reagan verstärkt worden<sup>13)</sup>.

Zur saudischen Verunsicherung gegenüber

<sup>11)</sup> Vgl. Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), *World Armaments and Disarmament Yearbook 1980*, London 1980, S. 155f.

<sup>12)</sup> Dazu Ursula Braun, *Saudi-Arabiens veränderter Standort: Auswirkungen für den Westen*, in: *Europa-Archiv*, Folge 17/1980, S. 533ff.

<sup>13)</sup> Vgl. *The Times* v. 10. 2. 1981: *Saudi King wary of Reagan "get tough policy"*; *International Herald Tribune* v. 12. 2. 1981.

Washington beigetragen hat auch der Sturz des Schah und die Rolle, die die USA dabei spielten bzw. nicht spielten. Da die USA in saudischer Sicht keine absolut zuverlässigen Partner mehr waren, kam es für Saudi-Arabien um so mehr darauf an, die eigene Sicherheit über eine regionale Bündnispolitik zu gewährleisten, die auch helfen sollte, die durch die islamische Revolution im Iran freigesetzten subversiven Elemente unter Kontrolle zu bringen. Ausdruck dieser neuen Politik war die Ablehnung der Carter-Doktrin, die die Golfregion unter den Schutz der Vereinigten Staaten stellte<sup>14)</sup>. Saudi-Arabien verweigerte die Stationierung der Aufklärungsflugzeuge AWACS nach der sowjetischen Besetzung Afghanistans<sup>15)</sup>. Die enge Bindung an Amerika, die zunehmend als Belastung empfunden wurde, erfuhr auf diese Weise eine allmähliche Lockerung.

Das heißt nicht, daß Saudi-Arabien seine grundsätzlich pro-westliche Politik in Frage gestellt hätte, auch wenn eine aktivere Beteiligung an der Bewegung der Blockfreien festzustellen ist. Saudi-Arabien hat vielmehr versucht, seine Politik zunehmend in Westeuropa abzustützen. Dabei hat die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik vor allem auf wirtschaftlichem und entwicklungspolitischem Gebiet ein beachtliches Niveau erreicht. Offensichtlich ist Saudi-Arabien bemüht, diese Politik fortzusetzen, einerseits um die exklusive Bindung an die USA zu lockern und die Kontakte mit dem Westen zu diversifizieren, andererseits um Europa für eine aus arabischer Sicht gerechte Friedenslösung im israelisch-arabischen Konflikt zu gewinnen. Auf diese Ziele ist die saudische Ölpolitik in der OPEC abgestellt, obwohl Saudi-Arabien deshalb in der OPEC kritisiert wird; in diese Richtung zielt offensichtlich auch das beabsichtigte Waffengeschäft mit der Bundesrepublik Deutschland. Ob sich Saudi-Arabien allerdings im klaren ist, daß die Zusammenarbeit mit Westeuropa die Bindung an die USA nicht ersetzen, sondern nur komplementärer Natur sein kann, ist offen<sup>16)</sup>.

<sup>14)</sup> Vgl. Claudia Wright, *Implications of the Iraq-Iran War*, a. a. O., S. 302; Ursula Braun, *Saudi-Arabiens veränderter Standort*, a. a. O., S. 545.

<sup>15)</sup> Nach Ausbruch des iranisch-irakischen Krieges stimmte Saudi-Arabien der Stationierung dann allerdings zu. Seither patrouillieren diese Flugzeuge regelmäßig über der Golfregion.

<sup>16)</sup> Vgl. *International Herald Tribune* v. 19. Februar 1981: *Former Envoy Sees Erosion in U. S.-Saudi Relations*; *International Herald Tribune* v. 12. 3. 1981: *Security Dilemma in Gulf*.

## Die deutsche Interessenlage

Das Interesse der Bundesrepublik an engen freundschaftlichen Beziehungen zu Saudi-Arabien liegt auf der Hand. 1979 importierte die Bundesrepublik 17 % ihres Öls aus dem Wüstenstaat, 1980 waren es bereits 25 % und 1981 sollen es sogar 30 % werden. Die deutschen Exporte nach Saudi-Arabien erreichen ebenfalls ein bedeutendes Volumen; bis Ende der siebziger Jahre, d. h. bis zur letzten Ölpreisexplosion, war die deutsche Handelsbilanz mit Saudi-Arabien in etwa ausgeglichen. Seit 1980 stehen die deutschen Sorgen hinsichtlich der dramatisch verschlechterten Zahlungsbilanz im Vordergrund. Saudi-Arabien hat erkennen lassen, daß es bereit sei, im Ölgeschäft erzielte Überschüsse in der Bundesrepublik anzulegen, sei es in Form von Krediten oder sonstigen Anlagen. Schon heute ist Saudi-Arabien der größte ausländische Kreditgeber der Bundesrepublik. Das deutsche Zahlungsbilanzdefizit könnte auf diese Weise mit saudischer Hilfe zumindest zum Teil finanziert werden, bis die Anstrengungen zum Ausgleich der Leistungsbilanz Früchte getragen haben. Eine Delegation des Bundesverbandes der deutschen Industrie unter Führung ihres Präsidenten Rolf Rodenstock hat nach einem Besuch Saudi-Arabiens im März 1981 allerdings den Eindruck gewonnen, daß beispielsweise die positive Entscheidung über die deutsche Beteiligungen an den künftigen riesigen Investitionsvorhaben Saudi-Arabiens von der deutschen Bereitschaft zu den gewünschten Waffenlieferungen abhängt. Laut Rodenstock haben die Gespräche mit den Saudis gezeigt, daß die Entscheidung über den Waffenexport zu einem „Prüfstein“ der deutsch-arabischen Beziehungen geworden ist, der auch auf andere Bereiche ausstrahlen werde<sup>16a)</sup>.

Die wieder zunehmenden Spannungen zwischen den Supermächten führen dazu, daß die Bundesrepublik mehr als in der jüngsten Vergangenheit ihren außenpolitischen Handlungsspielraum gefährdet sieht. Insbesondere im Hinblick auf die positiven Ergebnisse der Entspannungspolitik für die geteilte deutsche Nation ist die Bundesregierung deshalb bestrebt, innerhalb des Bündnisses ihre Interessen mit Nachdruck zur Geltung zu bringen. Das bedeutet keine Vermittlerrolle zwischen

<sup>16a)</sup> Vgl. Stuttgarter Zeitung v. 16. 3. 1981.

Ost und West, aber es bedeutet auch eine deutliche Absage an eine Politik, die sich kritisch zum Vollzugsorgan amerikanischer Wünsche macht<sup>17)</sup>. Natürlich kann die Bundesrepublik eine solche Politik eher durchhalten, wenn sie innerhalb des westlichen Lagers Unterstützung findet. Sie könnte in Saudi-Arabien einen gleichgesinnten Partner finden, wenn es darum geht, den US-amerikanischen Führungsanspruch zurückzuweisen, falls dieser den essentiellen eigenen Interessen widerspricht.

Im positiven Sinne wird man kein Interesse der Saudis an Entspannungsfortschritten in Mitteleuropa erwarten dürfen. Eine gemeinsame, tragfähige Politik wird eher im Blick auf die Entwicklungsländer möglich sein. Es entspricht saudischer wie deutscher Politik, die Entwicklungspolitik nicht zu einer Funktion des Ost-West-Gegensatzes verkommen zu lassen — eine Tendenz, die zumindest ansatzweise nun auch in Washington zu erkennen ist<sup>18)</sup>. Saudi-Arabien anerkennt auch seine Verantwortung für die Entwicklungsländer, die über kein Öl verfügen und die ihre gesamten Exporterlöse mittlerweile für ihre Öleinfuhren aufbrauchen. Saudi-Arabien könnte diesen Ländern noch mehr als bisher Finanzmittel zur Verfügung stellen, die diese Länder für dringend notwendige Importe aus den Industriestaaten verwenden könnten. Damit würde eine sinnvolle Regelung für die überschüssigen Petrodollars der Ölproduzenten weiterentwickelt, die den Industriestaaten, den Ölproduzenten und den Entwicklungsländern Nutzen brächte. Saudi-Arabien und die Bundesrepublik könnten die tragenden Eckpfeiler dieser Politik werden, die allerdings eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber Washington voraussetzt. Der naheliegendste Vorteil für die Bundesrepublik wäre die Eröffnung neuer Exportmöglichkeiten in Entwicklungsländer, die sich ohne Kredite diese Importe gar nicht mehr leisten könnten.

<sup>17)</sup> Vgl. Rede von Horst Ehmke im Bundestag am 29. Januar 1981, Deutscher Bundestag, Sten. Bericht, 9. Wahlperiode, 17. Sitzung, S. 689.

<sup>18)</sup> Vgl. die Auseinandersetzung zwischen dem neuen Finanzminister der USA, Stockman, und dem neuen Außenminister Haig um das Budget des Foreign Office.

## Wechselseitige Abhängigkeit infolge von Rüstungsexporten

Noch in den fünfziger und sechziger Jahren dieses Jahrhunderts konnte bei Waffenlieferungen auf eine Art Abhängigkeit des Empfängers vom Exportland geschlossen werden. Die Entwicklungsländer traten meist als Bittsteller auf und wurden mit veralteten, ausrangierten Waffen abgefunden. Den politischen Preis hatten sie nicht selten in Form von politischer Loyalität zu entrichten. Heute haben sich die Verhältnisse geradezu umgekehrt. Der Rüstungsmarkt ist für diejenigen Entwicklungsländer, die über Rohstoffe und entsprechende Einnahmen verfügen, ein Käufermarkt geworden, wo man das günstigste Angebot aussuchen und die Anbieterländer gegeneinander ausspielen kann<sup>19)</sup>. Dadurch ist das Verhältnis zwischen Waffenverkäufer- und Waffenkäuferland komplexer geworden und läßt erhebliche gegenseitige Abhängigkeiten entstehen.

Der Staat, der ganze Waffensysteme kauft, ist natürlich darauf angewiesen, daß ihm Ersatzteile, Zusatzausrüstungen usw. nachgeliefert werden. Im Krisenfall wird er darauf drängen, daß der Nachschub an Waffen nicht abreißt, sondern sogar ansteigt. Auf diese Weise könnte ein Waffenexportland gegen seinen ursprünglichen Willen als Partei in einen Konflikt hineingezogen werden. Denn die mit der Lieferung ganzer Waffensysteme praktisch unausweichliche Entsendung von Einwei-

sungs- und Beraterpersonal des Exportlandes sichert nicht nur einen — zweifelhaften — Einfluß des Geberlandes. Sie kann auch den entgegengesetzten Effekt haben, wenn das Gastland sie als Geiseln benutzt, um die Nachlieferung von Ersatzteilen oder neuen Rüstungsgütern zu erzwingen. In den USA haben die daraus resultierenden Abhängigkeiten des Lieferlandes bereits in der Vergangenheit zu entsprechenden Überlegungen geführt<sup>20)</sup>.

Die wechselseitige Abhängigkeit kann noch weitergehendere Dimensionen erreichen, wenn sich eine — in dem Waffengeschäft tendenziell angelegte — umfassende politische Zusammenarbeit ergibt. Stichwortartig mögen die Beziehungen USA-Iran verdeutlichen, was gemeint ist. In den fünfziger und sechziger Jahren waren die besonders engen Beziehungen zwischen Washington und Teheran für beide Partner von Vorteil. Der Niedergang der USA nach dem Vietnamkrieg hat auch das Schah-Regime trotz massiver Aufrüstung des Iran in Mitleidenschaft gezogen. Der Untergang des Schah ist noch heute mit dem totalen Desaster der Machtstellung der USA im Mittleren Osten gleichbedeutend. Natürlich ist dieses Beispiel nur begrenzt auf Bonn und die Saudis übertragbar; doch es zeigt, daß umfassende gegenseitige Abhängigkeiten, die zunächst durchaus in beiderseitigen Interesse liegen, zur Belastung werden können.

## Die innere Stabilität Saudi-Arabiens

Die Besetzung der Großen Moschee von Mekka im November 1979 hat weithin Befürchtungen im Hinblick auf die innere Stabilität Saudi-Arabiens geweckt<sup>21)</sup>. Das Aufbegehren religiöser Fanatiker, die die Abkehr des Landes von den traditionellen islamischen Werten kritisierten, hat Erinnerungen an das Schicksal des Schah-Regimes im Iran wachgerufen. Anders als der Schah von Persien hat sich die saudische Königsfamilie aber nie den traditionellen religiösen Elementen des Landes entfremdet. Die sprunghafte wirtschaftliche Entwicklung des Landes, der provozierende Lebensstil der königlichen Familie und der Oberschicht geben allerdings zu mancher Kritik Anlaß. Vor allem die Jugend, die durch die rasante Transformation der saudischen Gesellschaft desorientiert ist<sup>22)</sup>, wird durch religiöse Oppositionsgruppen angezogen, die mehr oder weniger geheim arbeiten. Die schi-

itisch geprägte Agitation Khomeinis findet in Saudi-Arabien allerdings kein Echo, da die saudische Bevölkerung ganz überwiegend aus Sunniten besteht (lediglich 7% der Bevölkerung sind Schiiten).

Opposition gibt es auch in der traditionellen Führungsschicht Saudi-Arabiens. Sie sieht ih-

<sup>19)</sup> Vgl. Hans Rattinger, Rüstungskontrolle in der Dritten Welt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 32/80, S. 36.

<sup>20)</sup> U. S. Congress, Senate: *US Military Sales to Iran. A Staff Report to the Subcommittee on Foreign Assistance of the Committee on Foreign Relations, United States Senate, Washington, D. C. 1976, S. X—XI.*

<sup>21)</sup> Dazu im einzelnen: Ghassane Salomé, *Les monarchies arabes du Golfe*, a. a. O., S. 856; Ursula Braun, *Saudi Arabiens veränderter Standort: Auswirkungen für den Westen*, a. a. O., S. 539ff.

<sup>22)</sup> Vgl. *International Herald Tribune* v. 11. Februar 1981; *Young Saudis Worry about Oil Policy, Rapid Change*; *Stuttgarter Zeitung* vom 12. Februar 1981; *Der entfesselte Bauboom in der Wüste.*

ren Einfluß schwinden, da die Königsfamilie die Macht mehr und mehr monopolisiert und einflußreiche Stellungen überwiegend an Hochschulabsolventen oder sogar ausländische Experten vergibt. Das neue Bürgertum andererseits sieht sich ebenfalls der Mitsprache beraubt. Ansätze in Richtung auf eine konstitutionelle Monarchie sind vorerst ohne Ergebnis geblieben. Beispielsweise ist der Termin für die Einberufung eines Konsultativrates, der dem Bürgertum einen gewissen Einfluß gesichert hätte, bereits um ein Jahr überschritten. Die im Januar 1980 angekündigte Ausarbeitung einer Verfassung (bis jetzt gilt nur der Koran) ist nicht erfolgt.

Inwiefern der hohe Gastarbeiteranteil, der rund 40% an der Gesamtbevölkerung ausmacht, einmal Probleme aufwerfen könnte, ist schwer zu beantworten. Bisher hat Saudi-Arabien durch eine geschickte Ausländerpolitik das Problem im Griff behalten können. Allerdings scheinen sich die Stimmen in der einheimischen Bevölkerung zu mehren, die zunehmend kritisch auf den hohen Ausländeranteil reagieren. Statt Fremde hereinzuholen — so die weitverbreitete Meinung — sollte die eigene Bevölkerung verstärkt ausgebildet oder ganz auf bestimmte Dienste verzichtet werden.

Die inneren Verhältnisse in Saudi-Arabien sind mit denen, die im Iran zu einem Sturz des

Schah geführt haben, nicht vergleichbar. Gleichwohl wird man sich fragen müssen, ob nicht die Lieferung von deutschen Waffensystemen und die zwangsläufig damit verknüpfte Entsendung deutscher Ausbilder und Berater eine destabilisierende Wirkung auf Saudi-Arabien haben könnte. Die vorrevolutionären Ereignisse im Iran zeigen nämlich, daß die massierte US-Präsenz zumindest eine der Ursachen war, die die Entfremdung des Schah mit der iranischen Bevölkerung beschleunigt haben<sup>23)</sup>.

Ob man das deutsche Ausbildungs- und Beraterpersonal sehr klein halten könnte, vermag letztlich nur ein militärischer Fachmann nach genauer Kenntnis saudischer Möglichkeiten zu entscheiden. Offensichtlich verfügen aber die Saudis schon heute nicht über ein ausreichendes einheimisches Militärpersonal, da sie zwei pakistanische Divisionen mit zusammen 20 000 Mann in ihrem Sold auf der arabischen Halbinsel stationieren wollen<sup>24)</sup>. Vielleicht würden auch deutsche militärische Ausbilder und Berater weniger Animositäten hervorrufen als die Amerikaner im Iran, da die Bundesrepublik nicht Weltmacht und deswegen weniger exponiert ist. Die latente Fremdenfeindlichkeit der saudischen Bevölkerung macht es allerdings wahrscheinlich, daß sie trotzdem erhebliche Friktionen verursachen würden.

## Schlußfolgerungen

Das deutsche Rüstungsgeschäft mit Saudi-Arabien würde die Bundesrepublik im Vorderen Orient in umfassendem Sinne zu einem Partner Er-Riads machen. Bilaterale Verflechtungen ergäben sich auf sicherheitspolitischem, wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiet sowie im Hinblick auf die Entwicklungspolitik. Verhältnismäßig unproblematisch wäre die sich daraus ergebende deutsche Interesseneinbindung in den israelisch-arabischen Konflikt. Die Bundesrepublik könnte voraussichtlich mäßigend und damit friedensstabilisierend auf Saudi-Arabien einwirken, zumal sie auf ihr Engagement in der Nahost-Initiative der Europäischen Gemeinschaft hinweisen kann, die auf eine gerechte und dauerhafte Lösung des Palästinenserproblems abzielt. Eine weitgehende Interessenübereinstimmung besteht auch im Hinblick auf die Entwicklungspolitik und das Heraushalten der Dritten Welt aus der Konkurrenz der Supermächte.

Im Golf geht das saudische Interesse dahin, beide Supermächte von der Region fernzuhalten. Regional gesehen sucht Saudi-Arabien in der Bundesrepublik folglich mehr als eine komplementäre Unterstützung zu den USA; in der Region soll die Bundesrepublik die USA ersetzen. Abgesehen davon, daß es der Bundesrepublik nicht darum geht, die USA von der Golfregion fernzuhalten, sondern die Sowjetunion, würde sich die Bundesrepublik mit einer solchen Politik schlicht übernehmen. Nur eine maßlose Überschätzung deutscher Möglichkeiten könnte die Bundesrepublik zu einem solchen Schritt verleiten, der mit einem völligen Fiasko enden müßte. Im Interesse der Bundesrepublik liegt allenfalls eine komplementäre Funktion zu den USA in der Golfregion, niemals aber deren Ersatz.

<sup>23)</sup> Vgl. Eckehart Ehrenberg, Rüstung und Wirtschaft am Golf, a. a. O., S. 41—43.

<sup>24)</sup> International Herald Tribune v. 9. Februar 1981: Pakistan now a Top Third World Exporter of Troops.

Problematisch wäre auch eine möglicherweise von Saudi-Arabien beabsichtigte deutsche Einbindung in das anti-iranische Regionalbündnis zwischen dem Irak, Saudi-Arabien und Jordanien. Die Bundesrepublik würde dadurch unter Umständen mithelfen, den Iran, der vor allem nach der Besetzung Afghani-

stans durch die Sowjetunion eine Riegelfunktion gegenüber der östlichen Supermacht hat, zu schwächen. Sie würde dazu beitragen, den Iran in die Arme der Sowjetunion zu treiben. Das aber wäre wohl der am wenigsten sinnvolle Beitrag, den die Bundesrepublik im Vorderen Orient überhaupt leisten könnte.

# Die iranische Revolution und die Re-Islamisierung im Lichte des Nord-Süd-Konflikts

## I. Einleitung

Dieser Artikel<sup>1)</sup> erscheint zu einer Zeit, in der sich die islamisch legitimierte Revolution in Iran, also nicht *die* islamische Revolution, zum zweiten Male jährt. Eine islamische Revolution wird der Forscher vergebens beim Quellenstudium des Islam suchen. Mit Recht hat der Bonner Islamwissenschaftler Stefan Wild auf dem Re-Islamisierungskolloquium des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) gegen den Versuch, soziale Prozesse mit dem Islam zu erklären, den historisch nachweisbaren Tatbestand vorgebracht, daß es unterschiedliche Versionen im Islam gibt, die sich aus der islamischen Lehre nicht adäquat erklären lassen.

Historisch diente der Islam stets als „sprachlich-religiöse Artikulationsform“, die herangezogen wurde, um sie bewußt oder unbewußt „als Legitimität politischer, sozialer und ökonomischer Sachverhalte“ zu benutzen. Der Islam ist *als Religion* trotz seiner religiösen Bindendifferenzierung in *Sunna* und *Schi'a* und der differierenden religiösen Richtungen innerhalb der sunnitischen (die vier Rechtsschulen) oder schiitischen Bestimmung (z. B. die Zwölfer-Schi'a) eindeutig abgrenzbar und kann durch das Studium der religiösen Dogmatik anhand deren Quellen genau definiert werden. Wenn man aber mit Begriffen wie „islamische Revolution“ bzw. „islamische Republik“ etc. umgeht, dann wird man kaum eine islamische Substanz in ihnen finden. Denn sie sind „Artikulationsformen“, um den Begriff von Wild noch einmal zu zitieren, wobei gleich einleitend vor Mißverständnissen bzw. vor

Mißbräuchen warnend hervorgehoben werden muß, daß der Begriff „Artikulationsform“ nicht mit „Überbau“ im marxistischen Sinne vulgarisierend übersetzt werden kann. Der Islam ist keine Überbauform, sondern die Variante eines Ordnungssystems, das nur inhaltlich und nicht schematisierend bestimmt werden kann. Die Revolution in Iran hat ein noch nie in der Bundesrepublik dagewesenes Interesse am Islam geweckt. Der Chefredakteur der Zeitschrift „Materialien zur politischen Bildung“ hat in einem lesenswerten Bericht über die im Bereich der politischen Bildung durchgeführten Seminare auf die bundesrepublikanische Islam-Konjunktur hingewiesen und sehr illustrativ einen von seiner zehnjährigen Tochter vor seiner Abreise zu einer dieser Tagungen geäußerten Satz als Motto seinem Bericht vorangestellt. Seine zehnjährige Tochter meinte: „Islam, das ist doch der Mann, der uns das Öl wegnehmen will.“<sup>2)</sup> In der Tat bringt diese durch die Umwelt beeinflusste Aussage eines Kindes aufrichtig die Motivation zum Ausdruck, die sich hinter der Beschäftigung mit dem Islam und der Revolution in Iran zu verbergen scheint.

Vergleicht man die Bundesrepublik mit ihren westlichen Nachbarn, vor allem mit England und Frankreich, dann stellt man fest, daß weder der Wissenschaftsbetrieb noch die Publizistik in diesem Land in der Lage sind, das nun im Rahmen der Islam-Konjunktur gewachsene Informationsinteresse am Islam zu befriedigen. Im Bereich der Politikwissenschaft an deutschen Universitäten sind für diese Fachgebiete genau drei Professoren zuständig (außer mir die Kollegen Hanf und Büttner in Freiburg und Berlin). Für die bundesrepublikanische Orientalistik und Islamwissenschaft hört die islamische Geschichte bedauerlicherweise offensichtlich nach dem Untergang des großen arabo-islamischen Reiches im dreizehnten

<sup>1)</sup> Die vorliegende Arbeit basiert auf der Ausarbeitung meiner Diskussionsbeiträge auf dem „Re-Islamisierungskolloquium“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) am 18. November 1980 sowie auf dem „Islam-Kolloquium II“ des Auswärtigen Amtes (AA) am 1. Dezember 1980; beide fanden in Bonn statt. Meine Ausführungen beruhen auf meiner in den Jahren 1978/80 betriebenen Islam-Forschung, deren Ergebnisse als Buch erscheinen werden. Vgl. B. Tibi, *Die Krise des modernen Islam. Eine vorindustrielle Kultur im wissenschaftlich-technischen Zeitalter*, München 1981 (Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 228).

<sup>2)</sup> Dirk Klose, *Allah ist groß. Die Wiedergeburt des Islam als Thema in der politischen Bildung*, in: *Materialien zur politischen Bildung*, 1980, H. 2, S. 9–13, hierzu das Motto des Berichtes.

Jahrhundert auf, so daß man nur wenige deutsche Orientalisten vorfindet, die sich nicht an diesen Konsens halten und Studien über den modernen Islam betreiben, wie der zitierte Stefan Wild oder die Hamburger Kollegen Werner Ende und Udo Steinbach. Diese mißliche Situation erklärt den Tatbestand, daß die Islam-Konjunktur zugleich auch die Geburtsstunde einer Islam-Scharlatanerie in der Bundesrepublik war. An Volkshochschulen und anderen Institutionen der politischen Bildung referieren „Islam-Experten“, die allem Anschein nach zuvor außer ihrer Zeitung bestenfalls einen Lexikon-Artikel über ihren Gegenstand gelesen haben<sup>3)</sup>. Gewiß: die Islam-Konjunktur läßt sich auch in romanischen und angelsächsischen Ländern beobachten. Aber während in Frankreich erstklassige, in jeder Hinsicht fundierte Arbeiten, wie z. B. die von Rodinson<sup>4)</sup> und Berque<sup>5)</sup>, und in angelsächsischen Verlagen bemerkenswerte Islam-Monographien, wie z. B. die von Jansen<sup>6)</sup> oder Martin Kramer<sup>7)</sup>, erscheinen, können wir auf dem deutschen Büchermarkt fast nur Publikationen finden, die gleichermaßen bei einem guten Islamwissenschaftler oder einem gebildeten Muslim nur Verärgerung hervorrufen können. Darunter fallen sowohl tagesjournalistische Islam-Karikaturen wie das Buch von Konzelmann „Die islamische Herausforderung“<sup>8)</sup>, als auch eher feuilletonistische Darstellungen, wie die von Fischer-Barnicol<sup>9)</sup>. Beide hier nur exemplarisch angeführten Islam-Publikationen reißen sich in eine ältere deutsche Tradition der Verbreitung von Zerrbildern und Vorurteilen über den islamischen Orient ein<sup>10)</sup>. Selbst im Bereich der Journali-

stik kann sich kein deutscher Orient-Reporter mit seinen französischen oder britischen Kollegen messen, sieht man einmal von dem international anerkannten deutschsprachigen Schweizer und Orient-Experten der NZZ, Arnold Hottinger, ab. Die Le-Monde-Artikel von Eric Rouleau über den Iran können beispielsweise als klassisch zitierbare Texte rangieren<sup>11)</sup>. Glücklicherweise sind einige der deutschsprachigen Arbeiten über den Iran lediglich Übersetzungen von wertvollen Berichten, wie z. B. die ausgesprochen fundierte Publikation von Robert Graham, der als Korrespondent von „Financial Times“ zwei Jahre in Iran lebte<sup>12)</sup>.

Der Autor dieser Arbeit ist selbst Muslim und beschäftigt sich im Rahmen der Disziplin der internationalen Beziehungen seit über einem Jahrzehnt mit dem Islam. Die folgenden Ausführungen stehen im Zusammenhang mit einem Projekt, dessen Gegenstand der moderne Islam ist, das Anfang 1978 begonnen und im Frühjahr 1980 als Buchmanuskript abgeschlossen wurde (vgl. Anm. 1). Die Iran-Ereignisse konnten sehr leicht in den Forschungsgegenstand integriert werden, zumal sie vorwiegend regionale Konfigurationen eines globalen Phänomens dokumentieren, das gewöhnlich mit dem Begriff Re-Islamisierung umschrieben wird. Die Prozesse, die innerhalb dieses Rahmens stattfinden und in ihn eingeordnet werden, sind jedoch weder gleich geartet noch mit dem Islam allein erklärbar, wenngleich ihre Bedingungsfaktoren ähnlich sind. In Iran hat eine Krise des politischen Systems der Pahlavi-Dynastie den Weg für eine Revolution ebnet, die sich als islamisch legitimiert und die ihre Angriffe nicht etwa gegen soziale oder ökonomische Objekte, sondern proklamatorisch gegen „unislamische Entartungen“ richtet. Um diese Sicht kritisieren zu können, ist es erforderlich, die Krise selbst zu untersuchen.

Bd. 16 (1971), H. 4, S. 547—564. Leider ist der Artikel von R. Kapferer über die Iran/Islam-Problematik in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 51—52/80, auch in diese Kategorie einzureihen. Schon der falsche Umgang mit islamischen Begriffen vermittelt einen entsprechenden Eindruck von der Qualität der Islam-Kenntnisse, die der Autor mitbringt. Der zentrale islamische Begriff „Umma“ bedeutet z. B. *islamische Gemeinschaft* und nicht „Heimat“; auch die als Zwischentitel bemühte islamische Schlüsselkategorie *Din wa Daula* bedeutet nicht „Glaube und Staat“, sondern *Entsprechung von Religion und staatlicher Ordnung*, usw.

<sup>11)</sup> So z. B. der Artikel von Eric Rouleau, *La révolution islamique: une voie semée d'embûches*, in: *Le Monde Diplomatique* vom 4. Oktober 1980, Bl. 4/5.  
<sup>12)</sup> Robert Graham, *Iran: Die Illusion der Macht*, übers. von Heidy Kopäsch, Frankfurt/M. 1979.

<sup>3)</sup> Unabhängig von dieser Kritik sei auf die ausgezeichnete Publikation: *Politisches Lexikon Nahost*, hrsg. von Udo Steinbach u. a., München 1979, hingewiesen, die 23 fundierte Länderstudien in Form von Lexikonartikeln enthält.

<sup>4)</sup> Maxime Rodinson, *La fascination de L'Islam*, Paris 1980.

<sup>5)</sup> Jacques Berque, *L'Islam au défi*, Paris 1980.

<sup>6)</sup> G. H. Jansen, *Militant Islam*, New York 1979.

<sup>7)</sup> Martin Kramer, *Political Islam*, London 1980.

<sup>8)</sup> Gerhard Konzelmann, *Die islamische Herausforderung*, Hamburg 1980. Zu der ARD-Fernsehreihe „Allahu Akbar“ schrieb der muslimische Hamburger Islam-Forscher Detlef Khalid, „Karikatur des Islam“, in: *Hannoversche Allgemeine* vom 22. Dezember 1980.

<sup>9)</sup> Hans A. Fischer-Barnicol, *Die islamische Revolution*, Stuttgart 1980. Vgl. meine Auseinandersetzung mit diesem Autor während des 65. Gespräches des Bergedorfer Gesprächskreises zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft: *Der Westen und der Nahe Osten. Krise im Zeichen der islamischen Revolution?*, Hamburg 1980.

<sup>10)</sup> Vgl. hierzu B. Tibi, *Das Orient-Bild der deutschsprachigen Publizistik*, in: *Neue Politische Literatur*,

Entsprechend ist die vorliegende Arbeit aufgebaut.

Die zentrale These der folgenden Ausführungen lautet, daß ein adäquates Verständnis des Re-Islamisierungsphänomens sowohl eine Analyse der regionalen Bedingungen als auch deren Einordnung in die weltgesellschaftliche Struktur voraussetzt<sup>13)</sup>. Mit anderen Worten: Nur eine kombinierte Analyse der inneren und der weltgesellschaftlichen Strukturen, die diese in ihrem Interdependenzzusammenhang sieht, kann uns helfen, ein angemessenes Verständnis unseres Gegenstandes zu entwickeln. Unter den inneren Strukturen wird nicht einseitig — wie in den marxistischen Beiträgen — die sozial-ökonomische Struktur der Unterentwicklung und deren Einordnung in den Weltmarkt verstanden. Wir haben drei Dimensionen desselben Phänomens zu beleuchten: einmal die ökonomischen Strukturen der Unterentwicklung, dann die politischen Strukturen des jeweiligen Staates und schließlich die sozio-kulturellen Strukturen, die eine vorindustrielle, traditionelle Kultur dokumentieren, die sich angesichts des rapiden sozialen Wandels in einer Krise befindet. Alle drei Ebenen der inneren Strukturen haben ihre Verbindungen zu der übergeordneten Struktur der Weltgesellschaft, in die alle nationalen Gesellschaften unserer heutigen Welt integriert sind.

Doch haben diese trotz ihrer Integration in ein übergeordnetes Gebilde, das im Rahmen der kolonialen Penetration der Welt entstanden ist, unterschiedliche Entwicklungsstufen. Auf der einen Seite haben wir Gesellschaften, die industrialisiert sind und deren Kultur technisch-wissenschaftlich bestimmt wird, und auf der anderen solche, die — sieht man einmal von der erforderlichen regionalen Differenzierung ab — noch vorindustriell sind und deren Kulturen diese technisch-wissenschaftliche Komponente entbehren<sup>14)</sup>. Galtung nennt die erstgenannten Gesellschaften das *Zentrum* und die anderen die *Peripherie*<sup>15)</sup>. Das Zentrum-Peripherie-Verhältnis ist aber ein Herr-

schaftsverhältnis, insofern die Gesellschaften des Zentrums über die der Peripherie dominieren. Dieses weltgesellschaftliche Gebilde, das auch als Nord-Süd-Gefälle charakterisiert wird, ist aber nicht bloß ökonomisch zu bestimmen, wie dies von marxistischen Autoren mit Vorliebe getan wird<sup>16)</sup>, sondern mehrdimensional. Der Nord-Süd-Konflikt ist sowohl sozio-ökonomisch als auch sozio-kulturell bedingt; er ist ferner auch als ein Konflikt zwischen den technisch-wissenschaftlich bestimmten und den noch vorindustriellen Kulturen zu interpretieren.

Alle Varianten der islamischen Kultur, die in der islamisch dominierten Region der Weltgesellschaft (vierzig Staaten mit einer Bevölkerung von 700 Millionen) bestehen, sind agrarisch bzw. traditionell — um einen durch die Modernisierungstheorie der sechziger Jahre in Mißkredit geratenen, aber doch substantiellen Begriff zu bemühen<sup>17)</sup>. In den Re-Islamisierungsbestrebungen haben wir es mit einer Protestbewegung in der „Dritten Welt“ zu tun, wie noch im einzelnen zu zeigen sein wird. In Iran versuchte der Schah, ökonomisch mit den Mitteln der Erdöleinnahmen<sup>18)</sup> und politisch mit den Methoden der orientalischen Despotie<sup>19)</sup> sein rückständiges Land zu modernisieren. Modernität und Despotismus sind jedoch Gegensätze. Gerade die Politik der forcierten Modernisierung hat diese Gegensätze intensiviert; sie ist eines der Elemente, die zum Schah-Sturz beigetragen haben.

Meine Argumentationsgänge sind in folgende Vorgehensweise eingebaut: Zunächst untersuche ich das Modernisierungsexperiment des Schah in Iran, um anschließend die iranische

<sup>16)</sup> Diese Verengung findet man in einer umfangreichen bundesrepublikanischen marxistischen Literatur, deren jüngste Variante die Arbeit von Rainer Schwers, *Kapitalistische Entwicklung und Unterentwicklung*, Hamburg 1980, ist.

<sup>17)</sup> Vgl. den Rehabilitierungsversuch von B. Tibi, *Unterentwicklung als kulturelle Traditionalität? Eisenstadts Beitrag zur makrosoziologischen Forschung*, in: *Soziologische Revue*, Bd. 3 (1980), H. 2, S. 121—131.

<sup>18)</sup> Ausführlicher hierüber informieren Hanns Maull, *Ölmacht. Ursachen — Perspektiven — Grenzen*, Köln 1975, und B. Tibi, *Die Rohstoffe der Peripherie-Länder und der Reproduktionsprozeß der Metropole: Das Beispiel Erdöl*, in: V. Brandes (Hrsg.), *Perspektiven des Kapitalismus*, Köln 1974, S. 105—147.

<sup>19)</sup> Der Begriff stammt von Karl A. Wittfogel, *Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht*, Köln 1962; vgl. dazu B. Tibi, *Widerstandsrecht in rechtlosen Gesellschaften*, in: *Gegenwartskunde*, Bd. 28 (1979), H. 3, S. 283—297, hier S. 291 ff. („Die orientalische Despotie“).

<sup>13)</sup> Über die Weltgesellschaft vgl. die unterschiedlichen Bestimmungen von Klaus-Jürgen Gantzel (Hrsg.), *Herrschaft und Befreiung in der Weltgesellschaft*, Frankfurt/M. 1975, und Niklas Luhmann, *Die Weltgesellschaft*, in: ders., *Soziologische Aufklärung*, 2 Bde., hier Bd. 2, Opladen 1975, S. 51—61.

<sup>14)</sup> Vgl. B. Tibi, *Akkulturation und interkulturelle Kommunikation*, in: *Gegenwartskunde*, Bd. 29 (1980), H. 2, S. 173—190.

<sup>15)</sup> Vgl. den Beitrag von Galtung in: Dieter Senghaas (Hrsg.), *Imperialismus und strukturelle Gewalt*, Frankfurt/M. 1978<sup>4</sup>, S. 7—104.

Variante des Re-Islamisierungsprozesses als Auflehnungsform dagegen darzustellen. Die Träger der Revolution, die iranischen Ulema (Schriftgelehrten), propagieren das islamische Ordnungssystem als politisches und wirtschaftliches Gegenmodell, das ich dann analy-

sieren werde, um im abschließenden Teil dieser Studie die Frage zu stellen, ob die Re-Islamisierung eine Strategie zur Überwindung der Unterentwicklung beinhaltet, ohne die das Nord-Süd-Gefälle nicht verändert werden kann.

## II. Das Modernisierungsexperiment des Schah: rapider sozialer Wandel unter den Bedingungen einer orientalischen Despotie

Trotz meiner durch eigene Forschungsergebnisse bedingten Ablehnung des Modernisierungsexperiments des Schah werde ich nicht in den Chor der Schah-Verteufelung, der monotonen moralischen Anklagen gegen sein Regime mit einstimmen<sup>20</sup>). Vielmehr gehe ich mit Robert Graham konform, der zwar nach seiner Darstellung dieses Experiments zu dem Ergebnis kommt, „daß das iranische Regierungssystem unfähig war, einen dynamischen Entwicklungsprozeß in die Wege zu leiten“, aber trotzdem zu bedenken gibt: „Den Schah einen Schurken zu nennen, ist in mehr als einer Hinsicht falsch. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß sich ein anderer politischer Führer in der für den Iran so typischen Situation anders verhalten und mehr Erfolg gebracht hätte ... Die Kritiker des Schah weisen besonders auf seine autoritäre Regierungsform hin, aber es gibt kaum liberale Traditionen in der persischen Geschichte.“<sup>21</sup>) Ohne Personifizierung muß das iranische Modernisierungsexperiment strukturell begriffen werden; die autokratische Schah-Herrschaft ist selbst ein Element dieser vorgegebenen strukturellen Bedingungen, und es ist kaum einzusehen, warum die sicherlich abzulehnende orientalische Despotie des Schah schlimmer als die anderer Diktatoren dieser Region sein soll, wie z. B. die des irakischen Präsidenten Saddam Husain oder die des libyschen Alleinherrschers Ghaddafi.

Als die Pahlevi-Dynastie im Jahre 1925 durch den Offizier der iranischen Kosakenbrigade, Reza Khan, gegründet wurde, war der Iran unter der bis dahin regierenden Kadjaren-Dyna-

stie zwar ein Zentralstaat, aber seine Regierung hatte schon lange nicht mehr die erforderliche staatliche Zentralgewalt einer funktionsfähigen Zentralinstanz ausüben können. Als im Jahre 1908 nach den erfolgreich durchgeführten Ölprospektionen die Erdölförderung erstmals aufgenommen wurde, konnten die damaligen europäischen Öl-Gesellschaften mit den regionalen politischen Führern unter Umgehung der Zentralregierung über Erdölabbau verhandeln. Eines der zentralen Ziele des Begründers der Pahlevi-Dynastie, über dessen Begeisterung für das Experiment Kemal Atatürks berichtet wird<sup>22</sup>), war die Stärkung der Zentralinstanz und die Konsolidierung ihrer Kontrollgewalt über den ganzen Iran. Die Erdöleinnahmen, die die Zentralregierung seinerzeit nicht ohne Durchsetzungskämpfe bekam, wurden zur Realisierung dieses Zieles voll eingesetzt<sup>23</sup>). Man vergegenwärtige sich, daß die iranische Bevölkerung zu jener Epoche noch zu einem guten Teil nomadisch und daß der Urbanisierungsprozeß, dessen Folgen wir heute kennen, noch nicht einmal in Ansätzen vorhanden war. Er ist als ein Ergebnis der Auswirkungen der Erdölförderung auf das Land zu werten.

Die Modernisierung des Iran wurde nicht erst durch den zweiten Schah, sondern bereits durch seinen Vater eingeleitet. Da es jedoch hier um die unmittelbare Vorgeschichte der iranischen Revolution geht, interessiert uns primär die Entwicklung nach der ersten Erdölkrise von 1973/1974, in deren Verlauf sich die Erdöleinnahmen des Iran aufgrund der entsprechenden Preiserhöhungen<sup>24</sup>) innerhalb von wenigen Monaten vervierfacht hatten. Der iranische Fünfjahresplan 1973/1978 ist in

<sup>20</sup>) Dies läßt sich u. a. in zahlreichen Schriften der bundesrepublikanischen Linken und auch der Auslandsiraner beobachten, wie z. B. der in Oldenburg lehrende Schapour Ravasani. Vgl. seinen Beitrag in Ulrich Tilgner (Hrsg.), *Umbruch in Iran*, Reinbek 1979, S. 135 ff.; der „amerikanische Imperialismus“ hat eben an allem Schuld, so daß eine Untersuchung zur Erklärung der Realität nicht mehr benötigt wird!

<sup>21</sup>) Graham (Anm. 12 oben), S. 253.

<sup>22</sup>) Vgl. u. a. Bahman Nirumand, *Persien, Modell eines Entwicklungslandes*, Reinbek 1967, S. 19.

<sup>23</sup>) Hierüber informiert im einzelnen sehr fundiert Nikki R. Keddie, *Oil, Economic Policy and Social Conflict in Iran*, in: *Race and Class*, Bd. 21 (1979), H. 1, S. 13—29.

<sup>24</sup>) Hierüber informieren die in Anm. 18 zitierten Arbeiten.

diesen Zusammenhang einzuordnen, da er von den erhöhten Einnahmen finanziert, ja durch sie überhaupt erst angeregt wurde.

Ich möchte hier von der Entwicklungsphase sprechen, die zwischen der ersten und der zweiten Ölkrise<sup>25)</sup>, also zwischen den Jahren 1973 und 1979, stattfand und die als Höhepunkt der Pahlevi-Herrschaft und zugleich als Vorgeschichte der iranischen Revolution charakterisiert werden kann. Soziologisch gesprochen handelte es sich um eine Phase des rapiden sozialen Wandels und politikwissenschaftlich definiert als solche des politischen Verfalls. Diese Kategorien werden im iranischen Kontext noch näher erläutert. Es reicht hier, darauf hinzuweisen, daß während dieser Phase die Steigerungsraten der Produktion in Industrie und Bergbau auf 18 % geklettert ist, daß eine überhitzte Konjunktur stattgefunden hat, die von einer hohen, zu Lasten inländischer Investitionen sich seinerzeit entwickelnden Inflationsrate begleitet wurde, und daß zu Beginn des Jahres 1975 „die iranische Wirtschaft völlig außer Kontrolle geraten“ war<sup>26)</sup>.

Ehe ich auf diese Zusammenhänge eingehe, möchte ich die bereits zitierten Begriffe *sozialer Wandel* und *politische Entwicklung* als Schlüsselkategorien heranziehen, und mich kursorisch auf eine bewährte Theorie-Komponente beziehen: auf Huntington's Theorie der Institutionalisierung<sup>27)</sup>. Sozialer Wandel impliziert die Veränderung von sozio-ökonomischen Strukturen, die mit entsprechenden politischen und sozialen Organisationsformen korrelieren. Die zentrale These Huntingtons lautet, daß parallel zur Auflösung traditioneller Sozialstrukturen im Rahmen des sozialen Wandels der Aufbau neuer Institutionen erforderlich ist, die die neuen, durch die stattgefundenen Transformationsprozesse freigesetzten sozialen Kräfte politisch absorbieren, das neue Konfliktpotential institutionell kanalisieren und neue demokratische Mediatisierungsformen einleiten. Findet sozialer Wandel rasch ohne die erforderliche politische Institutionenbildung statt, dann kann die Folge nicht Modernität, sondern politischer Verfall sein. Ich habe diese Theorie im Rahmen

zweier Regionalstudien empirisch getestet<sup>28)</sup> und ihre Gültigkeit mit den entsprechend erforderlichen Modifikationen festgestellt. Für die Untersuchung der angeführten Phase der iranischen Entwicklung in den Jahren 1973 bis 1979 scheint sie mir die benötigte begriffliche Hilfe zu bieten.

Das Modernisierungsexperiment des Schahs konzentrierte sich sowohl auf die Landwirtschaft als auch auf die Industrie und war von zwei Merkmalen charakterisiert: erstens Konzentration auf das Zentrum (Teheran) bzw. auf seine politische Stärkung und zweitens, daß politische Machtüberlegungen mehr als sachbezogene Pläne im Modernisierungsprogramm dominierten. Fred Halliday hat ausführlich die iranische Industrialisierungspolitik untersucht und gezeigt, daß zwar durch die erhöhten Erdöleinnahmen die Mittel zu deren Finanzierung vorhanden waren, daß die erforderliche Infrastruktur jedoch — vor allem was den organisatorisch-institutionellen Rahmen und das entsprechend fachlich geschulte Personal anbelangt — fehlte<sup>29)</sup>. Dies war ein struktureller Bedingungsfaktor für das Scheitern dieser Politik, wozu natürlich noch weitere Gesichtspunkte kamen: Im Bereich der Landwirtschaft haben die Modernisierungspläne des Schahs, wie wir aus den Untersuchungen von Nikki Keddie<sup>30)</sup> wissen, vorwiegend negative Auswirkungen hervorgerufen, deren wichtigste die Entwurzelung der Bauern, die Intensivierung der Landflucht und die Verringerung der Produktivität waren. Vor der Durchführung dieser Projekte konnte sich der Iran, obwohl die Hälfte seines Gebietes agrarisch nicht nutzbar ist, selbst mit Nahrungsmitteln versorgen. Danach konnte die Bevölkerung weder ohne Nahrungsmittelimporte noch ohne deren staatliche Subventionierung versorgt werden<sup>31)</sup>. Durch die eingeleiteten Modernisierungsschritte, die auf die

<sup>25)</sup> B. Tibi, Schwache Institutionalisierung als politische Dimension der Unterentwicklung. Der Fall Ägypten. Eine Auseinandersetzung mit Huntingtons Praetorianismus-Theorie, in: Verfassung und Recht in Übersee, Bd. 13 (1980), H. 1, S. 3—26, und ders., Zum Verhältnis von Politik, Religion und Staat in islamisch legitimierten Monarchien. Eine komparative Studie über Marokko und Saudi-Arabien, in: Orient, Bd. 21 (1980), H. 2, S. 158—174.

<sup>26)</sup> Fred Halliday, Iran. Analyse einer Gesellschaft im Entwicklungskrieg, Berlin 1979, S. 132ff., bes. S. 140.

<sup>27)</sup> Nikki R. Keddie, The Iranian Village before and after Land Reform, in: Henry Bernstein (ed.), Development and Underdevelopment, Harmondsworth 1973.

<sup>28)</sup> Vgl. Graham (Anm. 12), S. 35 ff., bes. S. 38 und S. 98.

<sup>25)</sup> Zur zweiten Krise vgl. Hanns Maull, Die zweite Öl-Krise. Probleme und Perspektiven, in: Europa-Archiv, Bd. 35 (1980), H. 19, S. 579—588.

<sup>26)</sup> Graham (Anm. 12), S. 101.

<sup>27)</sup> S. P. Huntington, Political Order in Changing Societies, New Haven 1967, und dazu meine in Anm. 28 angegebenen Arbeiten.

Stärkung des Zentrums gerichtet waren, vergrößerte sich das Gefälle zwischen Stadt und Land, das in der Entwicklungstheorie als strukturelle Heterogenität bezeichnet wird.

Das politische System, unter dessen Ägide dieses Experiment praktiziert wurde, nenne ich im Anschluß an Wittfogel *orientalische Despotie*; eine spezifisch orientalische Herrschaftsform, die als Autokratie zu charakterisieren ist. Die erforderliche fachliche Beratung fehlte, da die Zielsetzung politisch war. Robert Graham urteilt: „Der Schah und Hoveida (der Ministerpräsident, B.T.) zeigten eine gewisse Geringschätzung für die Vorsicht der Wirtschaftler, die nicht über ihre Probleme hinausdenken und sich eine umfassendere Vorstellung von einem künftigen industrialisierten Iran machen konnten.“<sup>32)</sup> Auch auf die Warnungen einer nach Iran entsandten Expertengruppe des Internationalen Währungsfonds (IMF), die einen Zusammenhang zwischen der überhitzten Konjunktur und der erhöhten Inflationsrate sah, reagierte der Schah verächtlich, da diese Technokraten mit ihrem beschränkten wissenschaftlichen Verstand die großen politischen Visionen des Schah nicht begreifen konnten. Hier möchte ich aber trotz dieser ironischen Bemerkung vor der Gefahr warnen, dies personifizierend als Problem des Schah zu sehen; es ist das Problem der orientalischen Despotie als einer autochthonen Herrschaftsform. Ich sehe hier keinen wichtigen Unterschied zwischen den Visionen des gestürzten Schah und denen eines Ghaddafi, wengleich die bemühte Legitimität beider Despoten jeweils eine andere ist.

Ziehen wir die von Huntington bereits übernommenen Begriffe heran, dann können wir sie am iranischen Beispiel empirisch füllen: Durch die Modernisierung wurden Strukturen aufgelöst, ein neues soziales und politisches Potential wurde freigesetzt (soziale Mobilität in einer traditionellen Gesellschaft), ohne daß die erforderlichen politischen Institutionen aufgebaut wurden. Das politische System unter dem Schah war autokratisch; es gab nur eine zentrale Herrschaftsinstanz, die mit der Person des Schah identisch war. „Die Monarchie war die einzige Institution des Landes, um die sich die Macht ohne formale Grenzen und

ohne Kontrolle gruppierte“<sup>33)</sup>, schreibt Robert Graham.

Es erscheint mir aufschlußreich, die Beschreibung Grahams mit der Konzeptualisierung Wittfogels zu vervollständigen: Graham beklagt die Personifizierung der Macht unter dem Schah und zeigt, daß angesichts fehlender Institutionalisierung die einzige Säule der Monarchie die Sicherheitsdienste waren: „Im Laufe von 20 Jahren waren die Sicherheitsdienste zu einer tragenden Säule im Regierungssystem des Schah geworden ... Sie sind die Augen und Ohren des Schah gewesen und, wenn nötig, seine eiserne Faust, die alle traf, die dem Regime nicht treu ergeben waren ...“<sup>34)</sup>

Wittfogel geht nicht von einem besonderen Beispiel aus; er will abstrakt die Herrschaftsform der *orientalischen Despotie* bestimmen, in der weder Institutionen noch Rechtsstrukturen noch eine Gewaltenteilung existieren. Der Herrscher erreicht seine Untertanen nur mit den Mitteln der nackten Gewalt.

Der orientalische Despot besitzt die „Mittel zur Vernichtung seiner Opfer ... Er verfügt unumschränkt über die Armee, die Polizei und den Nachrichtendienst. Er hat Gefangenenaufseher, Folterknechte, Henker und alle Werkzeuge, die nötig sind, um eine Verdachtsperson festzunehmen, zu martern und zu töten.“<sup>35)</sup> Mit dieser abstrakten Bestimmung können die Sicherheitsdienste des Schah, der SAVAK und das *Kaiserliche Inspektorat*, genau beschrieben werden.

Die Beschäftigung mit diesem autokratischen Herrschaftssystem bildet natürlich nur *eine* Komponente des Versuchs, das Scheitern des iranischen Modernisierungsexperiments zu erklären. Der Widerspruch zwischen den Auswirkungen eines rapiden sozialen Wandels und den angesichts einer fehlenden Institutionalisierung bestehenden politischen Strukturen einer personifizierten Macht ist jedoch zentral in diesem Erklärungsversuch. Ich möchte abschließend die Deutung von Graham zitieren, ehe ich auf den politischen Verfall als Folge des beschriebenen Prozesses eingeehe: „Die schnelle wirtschaftliche Entwick-

<sup>32)</sup> Ebenda, S. 92. Die Lektüre des schon vor dem Erdöl-Boom geschriebenen und auch ins Deutsche übersetzten Schah-Buches, *Die soziale Revolution Irans*, Düsseldorf 1967, vermittelt einen Eindruck von dieser Denkweise des Schah.

<sup>33)</sup> Graham, S. 151. Das politische System unter dem Schah wird in der vorzüglichen Studie von Marvin Zonis, *The Political Elite of Iran*, Princeton 1971, bes. S. 80 ff., im einzelnen untersucht.

<sup>34)</sup> Graham, S. 167.

<sup>35)</sup> Wittfogel (Anm. 19), S. 188; vgl. auch meine Ausführungen in meiner in Anm. 19 zitierten Arbeit, S. 291ff.

lung des Iran stand immer in der Versuchung, eher den alten Strukturen zu unterliegen, als sie zu ersetzen. Die moderne Wirtschaftsvariante rankte sich als ein neuer Zweig an der Seite der traditionellen, vom ländlichen Einfluß bestimmten Wirtschaft empor. Sie hatten kaum etwas gemeinsam. Diese Kluft wurde noch durch die Größe des Landes, durch klimatische und geographisch verursachte

Schwierigkeiten, die unüberwindbar erschienen, und durch eine weit verstreute, unzusammenhängende Bevölkerung verstärkt. Hinzu kamen eine schwerfällige, korrupte Bürokratie und ein fehlendes modernes Kommunikationssystem.<sup>36)</sup> Ich meine, daß wir durch solche umfassende Deutungen der Realität weit näher kommen als durch monokausale, z. B. ökonomistische Erklärungen.

### III. Der Islam als mobilisatorische Ideologie gegen das Schah-System und die iranische Variante der Re-Islamisierung

Im Bewußtsein der iranischen Bevölkerung war das Modernisierungsprogramm des Schah westlich, obwohl wir gesehen haben, daß die Schah-Herrschaft autochthon, d. h. nur eine, wenngleich modernisierte Variante in der langen Geschichte der orientalischen Despotie darstellte. Die Auflehnung gegen den Schah mußte daher mittels des Rückgriffs auf autochthone Elemente geschehen. Der Schah hat seine Herrschaft im Gegensatz zu den anderen orientalischen Despoten (z. B. den Herrschern von Marokko und Saudi-Arabien<sup>37)</sup>) nicht islamisch legitimiert, so daß sich der Islam als vorzügliche Widerstandsideologie zur Mobilisierung gegen den Schah eignete.

Der Schi'a-Islam war seit seiner Entstehung gegen die islamische Orthodoxie (Sunna-Islam), die stets legitimatorisch war und bis heute noch ist, eine oppositionelle Bewegung<sup>38)</sup>. Bereits vor dem Schah-Sturz kannte die neuere iranische Geschichte zwei historische Ereignisse, in denen eine Politisierung des Islam als mobilisatorische Ideologie gegen die bestehende Herrschaft stattfand: während des Tabak-Aufstandes gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts (1891—1892) und während der Konstitutionellen Revolution des Jahres 1906. Beide Male verbündete sich der Basar mit den Ulema, um politische und wirtschaftliche Veränderungen durchzusetzen<sup>39)</sup>. Die iranische Revolution von 1979 dokumentiert das dritte Basari-Ulema-Bündnis gegen bestehende Herrschaft in der neueren iranischen Geschichte.

In den vorangegangenen Ausführungen wurde gezeigt, daß parallel zur Modernisierungspolitik des Schah keine Institutionenbildung stattgefunden hatte. Allein religiöse Institutionen, also die Moschee, und der Untergrund blieben als politische Tätigkeitsbereiche übrig. Petrossian weist darauf hin, „daß die

Zerstörung aller möglichen Alternativen politischer Führung durch den Schah es unvermeidlich machten, daß sowohl der revolutionäre Protest als auch der postrevolutionäre Iran anders als von der Moschee hätten angeführt werden können“<sup>40)</sup>. Im Untergrund agitierten vorwiegend linke und linksradikale Bewegungen, vor allem die kommunistische Tudeh-Partei<sup>41)</sup>; sie hätte bei der muslimischen Bevölkerung aber nicht soviel Resonanz wie die Ulema finden können.

Auch Steinbach sieht in dem Fehlen politischer institutioneller Strukturen die Ursache dafür, daß „die iranische Revolution vollständig ins Fahrwasser der religiösen Kräfte geraten (ist), und es ist nicht erstaunlich, daß diese, namentlich ihre Gallionsfigur, der Ayatolla Khomeini, einen erheblichen Vorteil hatten, als es um die Neugestaltung der politischen Szene Irans ging. Seither haben sie die Entwicklung in Iran weitgehend bestimmt“<sup>42)</sup>. Die zwölfer-schiitische Lehre von der wilayat-i-faqih (Herrschaft der Gottesgelehrten) wird bemüht, um die politische Kontrolle der an welt-

<sup>36)</sup> Graham (Anm. 12), S. 52.

<sup>37)</sup> Vgl. Anm. 28 oben.

<sup>38)</sup> Vgl. S.H.M. Jafri, *The Origins and Early Development of Shi'a Islam*, London 1979.

<sup>39)</sup> Vgl. Nikki R. Keddie, *The Roots of the Ulama's Power in Modern Iran*, in: N. R. Keddie (ed.), *Scholars, Saints and Sufis. Muslim Religious Institutions in the Middle East since 1500*, Berkeley-Los Angeles 1972, S. 211—229, dort auch Literaturhinweise über die früheren, im Text angeführten Ulema-Basar-Bündnisse.

<sup>40)</sup> V. Petrossian, *Dilemmas of the Iranian Revolution*, in: *The World Today*, Bd. 36 (1980), H. 1, S. 19—25, hierzu S. 19.

<sup>41)</sup> Zur Tudeh-Partei vgl. A. Farughy/J.-L. Reverier, *Persien: Aufbruch ins Chaos*, München 1979, S. 194ff.

<sup>42)</sup> Udo Steinbach, *Iran — Halbzeit der islamischen Revolution?*, in: *Außenpolitik*, Bd. 31 (1980), H. 1, S. 52 bis 69, hierzu S. 55.

liche Personen formal delegierten Herrschaft religiös zu legitimieren. Dieses Prinzip wird nun auch in der „Verfassung der Islamischen Republik Iran“<sup>43)</sup> verankert.

In den Publikationen von Populärskribenten über den Iran und über die Re-Islamisierung, die seit der in der Einleitung beschriebenen Islam-Konjunktur in der Bundesrepublik erscheinen, findet man die falsche Behauptung, daß der Prozeß der Re-Islamisierung von Khomeini eingeleitet worden und danach auf die anderen islamischen Länder übertragen worden sei. Unter Experten ist allerdings allgemein bekannt, daß die Re-Islamisierung schon seit Beginn der siebziger Jahre in arabischsprachigen Publikationen<sup>44)</sup> beobachtbar ist und daß sie sich nicht alleine auf den Iran beschränkt; sie ist eine Reaktion auf das Entwicklungsgefälle zwischen dem Norden und dem Süden unserer Weltgesellschaft und beinhaltet eine Protestbewegung der Dritten Welt gegen die Industrienationen<sup>45)</sup>. Die iranische Revolution ist zwar islamisch, sie aber nur mit islamischen Begriffen zu deuten, ist inadäquat, da der soziale, politische und ökonomische Hintergrund dieser Bewegung eine Voraussetzung für deren Verständnis ist.

Ich möchte diese These noch an folgender, mit Udo Steinbach formulierter Fragestellung illustrieren<sup>46)</sup>: Wie islamisch ist die iranische Revolution? Wie bereits im einzelnen gezeigt wurde, haben wir in Iran das historische Experiment eines orientalischen Despoten (= Alleinherrscher ohne konstitutionelle bzw. institutionelle Kontrolle) zu bewerten, der von oben und per Dekret die rückständige iranische Gesellschaft an die europäischen Standards anpassen wollte, ohne dabei nach den Bedürfnissen der Bevölkerung zu fragen, bzw. zu erwägen, die Iraner an seinen Plänen partizipieren zu lassen. Der Erdölboom nach der Ölkrise von 1973 ermunterte den Schah von Iran, seine Pläne forciert als zuvor durchzuführen, da sie nun problemlos aus den Erdöleinnahmen finanziert werden konnten.

<sup>43)</sup> Eine deutsche Übersetzung ist in der von der iranischen Botschaft Bonn herausgegebenen Reihe „Iran und die Islamische Republik“ erschienen, hierzu Heft Nr. 6 (Mai 1980); vgl. Grundsatz 5 der Verfassung, S. 27.

<sup>44)</sup> Vgl. z. B. Yusuf Qurdawi, *al-Hal al-Islami-Farida wa darura* (= Die islamische Lösung, eine Notwendigkeit und eine Pflicht), Beirut 1974.

<sup>45)</sup> Diese Deutung wird entfaltet von B. Tibi, *Re-Islamization as Cultural Revival and Search for Identity in the Islamic Middle East*, in: *Vierteljahresberichte*, 1980, H. 81, S. 229—237.

<sup>46)</sup> Steinbach (Anm. 42), S. 55 ff.

Die Folge dieser Politik der forcierten Modernisierung von oben per Dekret ohne Beteiligung der Betroffenen bzw. ohne Berücksichtigung der Eignung und Anpassungsfähigkeit der neuen Maßnahmen (z. B. die Einführung von Agrobusiness in die iranische Landwirtschaft!) haben nicht zur Modernisierung des Landes, sondern zur unkontrollierten Urbanisierung, massiven Landflucht und nicht zuletzt zur Bedrohung bzw. Auflösung der materiellen Existenz der kleinen iranischen Händler, der Basaris, bzw. der kleinen Bauern u. a. geführt. Diese sozialen Schichten waren die ökonomischen Opfer der neuen Politik. Wie Udo Steinbach beobachtete, „war der Islam im schiitischen Iran ... die einzige Hoffnung des Kleinbürgertums und aller derjenigen gewesen, die nicht hoffen konnten, eine gesellschaftliche Stellung zu erringen, in der sie dem Druck von Ausbeutung und völliger Rechtlosigkeit hätten entkommen können“<sup>47)</sup>. Der Islam war also die Form des Widerstandes und dessen Ideologie; der Inhalt der Erhebung ist aber in den sozialen, ökonomischen und politischen Problemen der iranischen Gesellschaft zu suchen.

Alle Iran-Experten stimmen darin überein, daß Khomeinis Machtergreifung zunächst von einem breiten Konsens der Bevölkerung getragen wurde. Aber schon nach einer einjährigen Herrschaft dieses Klerus, in dessen Verlauf das Land ruiniert worden ist, konnte man feststellen, daß dieser Konsens nicht mehr bestand. Der irakisch-iranische Krieg, der für den Iran zwar eine Intensivierung seines ökonomischen Elends bedeutet, ist aber für die Stabilität der islamischen Republik des Iran ein Segen, insofern er von inneren Problemen ablenkt. Der iranische Präsident Bani-Sadr erklärte gegenüber *Le Monde*, der Irak trage zur Stabilisierung der islamischen Republik bei<sup>48)</sup>. Denn der Krieg vereinigt alle verfeindeten iranischen Fraktionen gegen einen Außenfeind, gegen den Irak. Hier möchte ich nur konstatieren, daß die iranische Revolution einen islamisch-religiösen Impuls hat, aber kein spezifisch islamisches Phänomen darstellt; sie ist eine politische und soziale Erscheinung; sie nur als islamisch zu deuten, ist mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft.

Ich habe das falsche Modernisierungsmodell des Schah angeführt, das seinerzeit vorbehalten

<sup>47)</sup> Ebenda, S. 56.

<sup>48)</sup> „Cette guerre consolide notre République Islamique. Une entretien avec le président Bani Sadr“ von Eric Rouleou, in: *Le Monde* vom 8. Oktober 1980, Bl. 8 (vgl. auch Anm. 11 oben).

los vom Westen unterstützt wurde. Damals haben Experten auf die Gefahren, die dieses Modell in sich birgt, hingewiesen, ohne daß man auf sie gehört hat. Nicht nur war das Modernisierungsprogramm des Schah bar jeglicher sachlicher Sozial- und Wirtschaftsplanung; es übergang auch die kulturellen Besonderheiten des Iran. Der Schah hat übersehen, daß ohne den Islam jede Modernisierungspolitik auf Widerstand der Bevölkerung stoßen wird, und daß ein Modernisierungsprogramm sowohl genauere, fachlich fundierte sozial- und wirtschaftspolitische Recherchen als auch die Einbeziehung entsprechender sozio-kultureller Implikationen (islamische Kultur) erfordert. Unter dem Schah fehlte dies alles, so daß ein unkontrollierter sozialer Wandel stattfand.

Zwar wird die Monarchie in Saudi-Arabien im Gegensatz zum damaligen kaiserlichen Iran islamisch legitimiert, auch Modernisierung steht hier nicht auf dem Programm — und doch ist das politische System Saudi-Arabiens mit ähnlichen Problemen konfrontiert, die einst der Iran unter dem Schah hatte. Ich habe in meiner Abhandlung über die saudische Monarchie aufgezeigt<sup>49)</sup>, daß dieses Land zwar mindestens für ein Jahrzehnt seine Stabilität aufrechterhalten wird, daß aber die Unterhöhung der traditionellen Legitimität der Monarchie durch die Modernisierung nicht aufzuhalten ist. Modernisierung wird in Saudi-Arabien nicht programmartig eingeführt; sie schleicht sich in die Gesellschaft unkontrolliert über die Erdölproduktion ein und verändert das bestehende, islamisch legitimierte Ordnungssystem<sup>50)</sup>.

Modernisierung ohne Partizipation der Bevölkerung und ohne den Aufbau einer institutionellen Struktur, die die durch die Modernisierung freigesetzten sozialen Kräfte absorbiert, kann aber nur zum politischen Verfall führen, wie ich im einzelnen in der zitierten Abhandlung über Saudi-Arabien und in meiner Untersuchung „Schwache Institutionalisierung als politische Dimension der Unterentwicklung“ ausgeführt habe (vgl. Anm. 28). Ich möchte hier nur auf die politischen Gefahren einer unkontrollierten Modernisierung und auch einer blinden, weil kurzfristigen Lösung des Problems der monetären Erdölüberschüsse der Förderländer hinweisen. Ein Zusammenbruch

in Saudi-Arabien kann eine Weltkrise auslösen, von der man sich nicht so schnell wird erholen können, wie dies bei der iranischen Revolution möglich war. Eine Absorption der Überschüsse durch Rüstung ist keine Lösung; das Schah-Experiment dürfte diese Tatsache deutlich belegt haben. Eine Modernisierung, die aus einer Nachahmung des westlichen Entwicklungsmodells besteht und die die sozialen und kulturellen Gegebenheiten der betroffenen Gesellschaft übersieht, kann auch kein anderes Ergebnis als das erbringen, was das Schah-Experiment zeitigte.

Sowohl moderne, innovativ orientierte Muslime<sup>51)</sup> als auch aufgeschlossene Islam-Experten weisen heute mit Vehemenz auf die Notwendigkeit hin, den Islam als ein sozio-kulturelles System zu studieren, um Wege für die Einrichtung von Modernisierungsversuchen zu finden, die in die islamische Kultur integrierbar sind<sup>52)</sup>. Man darf dabei aber nicht verschweigen, daß auch am Islam Veränderungen vorgenommen werden müssen, die ihn für Innovationen öffnen. Muslimische Fundamentalisten, wie der schiitische Klerus in Iran, aber auch die saudischen Ulema (Schriftgelehrten), stehen jedoch solchen modernisierenden Islam-Interpretationen im Wege<sup>53)</sup>.

Nun erhebt der schiitische Klerus in Iran den Islam zum Ordnungssystem (an-Nizam al-Islami) und beansprucht die Gestaltung der Politik nach der islamischen Wirtschaftslehre. Ich möchte im folgenden Abschnitt an Hand von islamischen Quellen untersuchen, ob es ein solches „islamisches Wirtschaftssystem“ gibt und ob solche Systemvorstellungen, sollten sie vorhanden sein, den Entwicklungsbedürfnissen des islamischen Orients in unserem technisch-wissenschaftlichen Zeitalter, die in der Veränderung des Nord-Süd-Gefälles in der Weltgesellschaft bestehen, entsprechen und sie fördern können<sup>54)</sup>.

<sup>49)</sup> So z. B. Fazlur Rahman, *Islamic Modernism: Its Scope, Method and Alternatives*, in: *International Journal of Middle Eastern Studies*, Bd. 1 (1970), S. 317—333.

<sup>52)</sup> Vgl. Arnold Hottinger, *Islamische Revolution? Die Muslime im Konflikt mit der westlichen Moderne*, in: *Merkur*, Bd. 16 (1979), H. 3, S. 204—216.

<sup>53)</sup> Hierauf weist auch hin Maxime Rodinson, *Islam und Kapitalismus*, Frankfurt/M. 1971, S. 290 ff.

<sup>54)</sup> Vgl. B. Tibi, *Der Islam als eine Defensiv-Kultur im technisch-wissenschaftlichen Zeitalter*, in: *Frankfurter Hefte*, Bd. 35 (1980), H. 4, S. 13—21; darin auch eine kritische Auseinandersetzung mit der durchaus aufgeschlossenen Deutung von Hottinger (Anm. 52).

<sup>49)</sup> Vgl. Anm. 28 oben; bes. S. 171 ff.

<sup>50)</sup> Vgl. B. Tibi, *Islamisches Ordnungssystem, Erdölproduktion und die gewerkschaftliche Organisation der Arbeit*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Bd. 31 (1980), H. 9, S. 557—568.

## IV. Entsprechung des Sakralen und des Politischen in den islamischen Ordo-Vorstellungen und Ansätzen einer Wirtschaftslehre

In den bisherigen Teilen dieser Arbeit wurde die iranische Revolution als eine gegen die Modernisierungsstrategie des Schah gerichtete Bewegung vorgestellt und gezeigt, daß das Schahregime außenpolitisch zwar prowestlich war, aber nur eine historische Form der orientalischen Despotie darstellte. In der öffentlich-politischen Diskussion werden die Attribute „prowestlich“ und „westlich“ oft verwechselt. Ein Bundestagsabgeordneter, Norbert Gansel, wollte bereits nach einer zehntägigen Iran-Reise wissen, daß „in Iran offenbar eine Umwälzung der politischen Verhältnisse stattgefunden hat ... Er (der Iran, B. T.) begann, europäische soziale Einrichtungen zu importieren ... Das alles sind westliche Werte, die sich urplötzlich als brüchig erwiesen, die jedenfalls zerbrochen sind“<sup>53)</sup>. Die westlichen Werte, von denen hier gesprochen wird, wird der Historiker während der Schah-Periode in der jungen iranischen Geschichte kaum finden können.

Im Bewußtsein der iranischen Bevölkerung wurden der Schah und seine orientalische Despotie aber als Symbol des Westens angesehen, zumal der Schah für die iranische Variante der islamischen Kultur eine gewisse Verachtung hegte und diese auch in politische prowestliche Formen umsetzte. Nur in diesem Sinne ist die Erhebung in Iran als Autochthones gegen Fremdes zu verstehen. Der schiitische Klerus, der, wie bereits gezeigt wurde, mangels einer anderen politischen Führung die Initiative in dieser Revolution übernahm, präsentiert nun den Islam nicht nur als Kultur, sondern vorwiegend als ein politisches und wirtschaftliches System, als Gegenmodell für jede Politik der Modernisierung. In Iran nimmt nun der globale innerislamische Konflikt, der mit den Begriffen Fundamentalismus — Modernismus umschrieben werden kann, auch eine persische Form an.

In der Publizistik wird oft der Fehler begangen zu behaupten, daß Schah-Herrschaft und Modernisierung Synonyme seien; diesen zu beseitigen ist ein Ziel dieser Arbeit. Der Schah wollte auf seine orientalistisch-despotische Art modernisieren und die autochthone iranisch-islamische Kultur ad acta legen. Aber im Islam selbst findet seit dem neunzehnten Jahrhundert, also ehe ein persischer Schah geboren wurde, ein innerislamischer Konflikt über die

Lösungsmöglichkeiten der damals schon von Muslimen erkannten Rückständigkeit des islamischen Orients statt: Islamische Modernisten, deren Anführer seinerzeit Afghani und Abdhu waren<sup>56)</sup>, versuchen seitdem, die Neuformulierung des Islam unter Bedingungen des technisch-wissenschaftlichen Zeitalters ohne Preisgabe der islamischen Authentizität als islamische Aufgabe zu setzen, während islamische Fundamentalisten, für die die wahhabitische Bewegung auf der arabischen Halbinsel als Beispiel gebracht werden kann, nur in einer Rückkehr zum *Urislam*, also zu den alten Bedingungen der islamischen Religionsstiftung unter dem Propheten Mohammed eine Lösung erblicken<sup>57)</sup>. Was heute in Iran politisch geschieht, ist vorwiegend nur eine Variante dieses Konfliktes. Die Lehre des islamisch-iranischen Modernisten Ali Schari'ati (1933—1977), der auch zu den Kämpfern gegen das Schah-Regime zählte, vermittelte z. B. ein anderes, ein modernes Islam-Verständnis<sup>58)</sup> als das, was iranische Fundamentalisten unter Khomeini vertreten.

Die Vorbemerkungen zu der Diskussion über die islamischen Ordo-Vorstellungen und Ansätze einer Wirtschaftslehre sind unentbehrlich zum Verständnis des Gegenstandes. Zunächst können wir zweifelsohne feststellen, daß der Islam eine Entsprechung des Politischen und des Sakralen beinhaltet, da er ein organisches Religionssystem\* ist, das die religiös-politische Regelung sämtlicher Lebensbereiche im Gegensatz zu Religionssystemen beansprucht, die in der Religionssoziologie als kirchlich bezeichnet werden<sup>59)</sup>. Historisch gesehen besteht eine Übereinstimmung zwischen der islamischen Religionsstiftung und der Gründung des ersten islamischen Staates unter Mohammed, der *Pax Islamica*<sup>60)</sup>. Aber

<sup>56)</sup> Vgl. hierüber Charles C. Adams, *Islam and Modernism in Egypt. A Study of the Modern Reform Movement*, New York 1968<sup>2</sup> (zuerst 1933).

<sup>57)</sup> Über die beiden Richtungen informiert B. Tibi, *Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel*, Frankfurt/M. 1971, S. 74 ff. (= „zwei Richtungen des islamischen Revivalismus“).

<sup>58)</sup> Vgl. die von dem persischen — an der University of California (UCLA) lehrenden — Historiker Hamid Algar besorgte Übersetzung: Ali Schari'ati, *On the Sociology of Islam*, Berkeley 1979.

<sup>59)</sup> Zu diesen beiden Begriffen vgl. Donald E. Smith (ed.), *Religion and Political Modernization*, New Haven-London 1974, Einleitung.

<sup>60)</sup> Vgl. hierzu W. M. Watt, *Muhammad at Medina*, Oxford 1977<sup>6</sup>. Watt bringt seine in zahlreichen Bü-

<sup>53)</sup> So äußerte sich Gansel im 65. Bergedorfer Gesprächskreis (vgl. Anm. 9 oben), S. 43.

für die Lösung der Probleme im zwanzigsten Jahrhundert erweist sich ein solcher Rückgriff auf die islamische Geschichte im siebten Jahrhundert als wenig hilfreich. Bereits im Jahre 1925 hat ein großer islamischer Gelehrter, Professor an der ältesten islamischen Universität al-Azhar zu Kairo und zugleich hoher islamischer Richter, Ali Abdelraziq, in einer damals und bis heute noch aufsehenerregenden arabischen Publikation „Der Islam und die Regierungsformen“<sup>61)</sup> eingesehen, daß eine Trennung zwischen dem Religiösen und Politischen im Islam etabliert werden muß. Im Sinne Abdelraziqs habe ich auch im Jahre 1979 auf der First Conference of Islamic Philosophy on Islam and Civilization vor einer internationalen islamischen Gelehrten-gemeinschaft für eine Säkularisierung des Islam plädiert<sup>62)</sup>.

Aber schon vor dem Rückgriff auf die islamischen Ordo-Vorstellungen durch den iranisch-schiiitischen Klerus können wir die Anhäufung von arabischsprachigen Publikationen in der Phase der Re-Islamisierung beobachten, in denen für eine Deutung des Islam als eines politischen und wirtschaftlichen Systems plädiert wird<sup>63)</sup>. Die nach der iranischen Revolution proklamierte „Verfassung der Islamischen Republik Iran“ definiert den Islam als ein politisches System; das vierte Kapitel dieser Verfassung „Wirtschaft und Finanzen“ ist der Grundlegung eines islamischen Wirtschaftssystems gewidmet<sup>64)</sup>. Die Lektüre der Grundsätze des Verfassungstextes (Nr. 43 bis 55) verdeutlicht, daß die Autoren dieses Textes nur vage Vorstellungen wirtschaftstheoretischer Art im Hinblick auf die Etablierung eines spezifisch islamischen ökonomischen Systems haben.

chern dokumentierte Forschung in der zusammenfassenden Darstellung: W. M. Watt, Muhammad, Prophet and Statesman, Oxford 1978<sup>4)</sup>.

<sup>61)</sup> Ali Abdelraziq, al-Islam wa usul al-hukm, Neudruck, Beirut 1966, franz. Übersetzung in: Revue des Etudes Islamiques, Bd. 7 (1933) und Bd. 8 (1938); zu Abdelraziq vgl. auch B. Tibi, Nationalismus ... (Anm. 57), S. 159 ff.

<sup>62)</sup> Vgl. die publizierte Fassung dieses Kairoer Papers: B. Tibi, Islam and Secularization. Religion and the Functional Differentiation of the Social System, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Bd. 66 (1980), H. 2, S. 207—222. Eine arabischsprachige Fassung dieser Arbeit erschien unter dem Titel „al-Islam wa'al-almana“, in: Qadaya Arabiyya (Beirut), Bd. 7 (1980), H. 3, S. 13—23.

<sup>63)</sup> Vgl. als Beispiel: Mahmud Abdul-Mauli, Anzimat al-mugtama' wa ad-daula fi al-Islam (Gesellschaftsordnungen und politische Systeme des Islam), Tunis 1973.

<sup>64)</sup> Vgl. die in Anm. 43 angegebene deutsche Übersetzung der iranischen Verfassung, hierzu S. 41 ff.

Von allen islamischen Richtungen wird der Koran unbestritten als die zentrale Quelle eines jeden islamischen Verständnisses von Politik und Ökonomie und aller anderen Lebensbereiche angesehen. Der Konflikt Modernismus — Fundamentalismus bezieht sich jeweils stets auf eine moderne bzw. traditionelle Koran-Exegese; nur wenige islamische Wissenschaftler gehen in ihrer Modernität so weit, um zu erkennen, daß nicht auf alle Fragen unseres technisch-wissenschaftlichen Zeitalters eine Antwort im Koran gefunden werden kann<sup>65)</sup>. Es ist daher angebracht, auf den Koran zurückzugreifen, um politische und wirtschaftliche Ordo-Vorstellungen im Islam zu suchen, da der Koran und die Koran-Exegese die einzigen Quellen herkömmlichen islamischen Denkens sind. Ich möchte zunächst den Anspruch islamischer Fundamentalisten, daß es eine überzeitlich gültige islamische Wirtschaftstheorie gebe, an islamischen Texten überprüfen.

Die modernen ökonomischen Lehren gehen davon aus, daß die Güter knapp sind und daß jedes Wirtschaften auf diesen Tatsachen beruht. Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Karl Häuser schreibt in seiner Volkswirtschaftslehre: „Alles Wirtschaften geschieht unter dem Zwang der Begrenztheit der Mittel. Wo Überfluß herrscht, fehlt die Voraussetzung zur Ökonomie. Die Knappheit bildet also ein Wesensmerkmal für den Gegenstand unserer Disziplin. Ohne Knappheit gibt es keine wirtschaftlichen Probleme, keine Preise, Löhne, Zinsen, Mieten, nicht einmal Geld und weder Armut noch Reichtum.“<sup>66)</sup> Die ökonomische Lehre des Koran bestreitet diesen Grundsatz. Der Islam ist ein theozentrisches Religionssystem: Gott herrscht über die Welt, seine Güter sind unbegrenzt. Im Koran<sup>67)</sup> heißt es: „Wenn Ihr die Güter Gottes im einzelnen errechnen wollt, könnt Ihr sie überhaupt nicht zählen“ (Sure 14, Vers 34). Allein Gott entscheidet über die Verteilung seiner Güter, „Gott ist es, der allen Unterhalt beschert und Macht und Festigkeit zu eigen hat“ (51, 58). An anderer Stelle heißt es: „Und wenn die Bewohner der Städte geglaubt hätten und gottes-

<sup>65)</sup> Außer mir der Pakistani Fazlur Rahman, Islam, Chicago 1979<sup>2)</sup>, und der Algerier Mohammed Arkoun, L'Islam hier-domain, Paris 1978.

<sup>66)</sup> Karl Häuser, Volkswirtschaftslehre, Frankfurt/M. 1967, S. 33 ff.

<sup>67)</sup> Der Koran wird hier nach der international anerkannten deutschen Übersetzung von Rudi Paret (neue überarbeitete Ausgabe, Stuttgart 1979), jedoch unter Berücksichtigung des arabischen Originals zitiert, d. h., daß ich nicht immer der Paret-Übersetzung folge.

fürchtig gewesen wären, hätten wir ihnen alle möglichen Segnungen des Himmels und der Erde zugänglich gemacht" (7, 96). Diese Koranverse werden heute in der Re-Islamisierungsliteratur zitiert, um die Unterentwicklung des islamischen Orients als Folge der Abwendung der Muslime vom wahren Islam zu erklären. Die islamischen Fundamentalisten Garische und Zaibaq, die an der Medina-Universität lehren, meinen: „Die Knappheit der Güter... läßt sich auf die Nichtbefolgung der Gottesvorschriften zurückführen. Die islamische Gemeinschaft (umma) wird erst dann gesunden, wenn sie wie einst die umma des Islam wird.“<sup>68)</sup>

Obwohl der Koran die Knappheit der Güter bestreitet, ermahnt er zum Wirtschaften: „Diejenigen, die in ihren Ausgaben weder verschwenderisch noch knausrig sind, verhalten sich richtig" (25, 67). Der Islam verbietet die Hortung der Reichtümer: „Denjenigen nun, die Gold und Silber horteten und es nicht um Gottes Willen investieren, verkünde, daß sie dereinst eine schmerzhaftige Strafe zu erwarten haben" (9, 34). Als Alternative zu dieser strikt verbotenen Hortung bietet der Koran den blühenden Warenverkehr als göttliche Maxime an: „Denjenigen, die die Schrift Gottes lesen, das Gebet verrichten und von dem, was wir ihnen als Güter beschert haben, geheim oder offen Ausgaben tätigen, dürfen auf einen Handel hoffen, dem kein Niedergang drohen wird" (35, 29).

Zentral für das islamische Wirtschaftsverständnis, so wie es in den dogmatischen Quellen verankert ist, ist die rechtliche Bindung der ökonomischen Handlungen der Individuen. Das islamische Recht, die Schari'a, bildet den verbindlichen Rahmen aller Wirtschaftsaktivitäten<sup>69)</sup>. Die einzelnen Gebote und Verbote, die mit den Begriffen *halal* und *haram* umschrieben werden, bestimmt das Schari'a-Recht. Als Beispiel hierfür kann der Koranvers angeführt werden, in dem deutlich gemacht wird, was *halal* und was *haram* sei: „Bringt Euch nicht untereinander in betrügerischer Weise um Euer Vermögen! — Anders ist es, wenn es sich um ein Geschäft handelt, das Ihr nach gegenseitigem Übereinkommen abschließt" (4, 29). Mit anderen Worten: Der Islam läßt den Profit zu, verbietet ihn aber, wenn er unangemessen wird. Ein Geschäft muß auf

Vertrag beruhen und für beide Vertragspartner Gewinn abwerfen. Warenzirkulation und ein dadurch florierender Handel und nicht die Hortung von Gütern und Reichtümern ist das Vorbild islamischen Wirtschaftsverständnisses.

Nun verbietet das islamische Recht den Zins. Einige Wirtschaftshistoriker sehen darin sogar eine restriktive Bedingung ökonomischen Handelns im Islam. Die Kenner wissen jedoch, daß es im islamischen Recht eine Gattung juristischer Quellen gibt, die sich *Hiyal*-Literatur nennt. *Hiyal* ist die Pluralform von *Hila*, d. h. Rechtskniff. Diese Quellen zeigen Wege zur Umgehung des Zinsverbotes auf<sup>70)</sup>. Es versteht sich daher, daß in der islamischen Wirtschaftsgeschichte das Zinsverbot keine praktischen Formen hatte.

Folgt man dem viel gelesenen islamischen Fundamentalisten Maududi, der ein Buch über „*nizam al-islam al-iqtisadi*" (das islamische Wirtschaftssystem) geschrieben hat, dann könnte man dieses System folgendermaßen beschreiben: „Die Wirtschaftsfrage des Menschen ist einfach... Das Problem läßt sich auf diesen Nenner bringen: Wie läßt sich das System des menschlichen Lebens organisieren, so daß alle menschlichen Bedürfnisse bei gleichzeitiger Einhaltung der Normen des sozialen Lebens befriedigt werden... Jedem Individuum müssen die Entfaltungschancen gewährt werden, die seinen Qualifikationen und Talenten entsprechen...“<sup>71)</sup> Für Maududi besteht das islamische Wirtschaftssystem aus einer Wirtschaftsethik. Gerade in dieser Bindung der Ökonomie an die Ethik läßt sich nach Maududi der Islam vom Marxismus substantiell unterscheiden.

Wenn säkularistisch orientierte Muslime an islamische Fundamentalisten die Frage stellen, in welcher Epoche der islamischen Geschichte nach dem Ableben des Propheten Mohammed diese Wirtschaftsethik eine materielle Form angenommen habe, dann kommt in der Regel die Antwort, daß die Kalifen öfters die islamischen Normen mißachtet hätten und daß das reine „*al-nizam al-islami*" (das islamische System) noch zu realisieren sei. Die Kritik, die von modernen Muslimen vorgetra-

<sup>68)</sup> Ali M. Garische/Mohammed Sh. Zaibaq, *Asalib al-ghazu al-fikri lil-alam al-Islami* (Methoden der intellektuellen Invasion der islamischen Welt), Medina 1978<sup>2</sup>, S. 226.

<sup>69)</sup> Vgl. die Einführung von Joseph Schacht, *An Introduction to Islamic Law*, Oxford 1979<sup>5</sup>.

<sup>70)</sup> Zur islamischen *Hiyal*-Literatur vgl. N. J. Coulson, *A History of Islamic Law*, Edingburgh 1978<sup>3</sup>, S. 139ff.

<sup>71)</sup> Abdul-A'la Maududi, *Usus al-iqtisad bain al-Islam wal-nuzum al-mu'asira* (Grundsätze der Ökonomie zwischen dem Islam und den zeitgenössischen Systemen), arab. Übersetzung (Orig. in Urdu), Damaskus o. J., S. 147.

gen wird, daß diese vagen islamischen Wirtschaftsvorstellungen den Anforderungen unseres wissenschaftlich-technischen Zeitalters und einer komplexen industriellen Gesellschaft nicht entsprechen, wird stets von islamischen Fundamentalisten zurückgewiesen.

Es ist aber evident, daß weder ein komplexes Wirtschaftssystem auf diesen Grundsätzen aufgebaut werden noch eine sachbezogene Wirtschaftspolitik auf ihnen basieren kann. Würde man nun diese Sätze als ein Plädoyer zur Ablegung des Islam deuten, dann wäre dies ein sehr grobes Mißverständnis. In Europa haben weder die industrielle Revolution noch die Aufklärung zur Auslöschung des Christentums geführt; die europäische Kultur ist christlich-abendländisch geblieben. Ähnlich würde die Säkularisierung des Islam nur dessen Reduktion auf ein Teilsystem der Gesellschaft, nicht aber dessen Beseitigung bedeuten, wie ich in Kairo vor islamischen Gelehrten argumentiert habe<sup>72)</sup>.

Eine Überwindung der Unterentwicklung im islamischen Orient ist eine Voraussetzung für

die Verringerung des Nord-Süd-Gefälles, in dem der islamische Orient den untergeordneten Pol darstellt. Ohne Überwindung der Unterentwicklung bleibt es ein Rätsel, wie die weltgesellschaftlichen Nord-Süd-Strukturen zugunsten einer weltweiten Demokratisierung und Egalisierung verändert werden sollen. Überwindung der Unterentwicklung impliziert aber nicht nur sozialstrukturelle Entwicklung, sondern auch kulturelle Veränderungen, die jedoch nicht aus Imitation bestehen und nicht mit Authentizitätsverlust gekoppelt sein dürfen, wie dies z. B. unter dem Schah geschehen ist, dessen Modernisierungsprogramm weder Veränderungen im Nord-Süd-Gefälle noch irgendwelche Innovationen hat hervorbringen können. Es stellt sich nun aber die Frage, ob die iranische Revolution mit ihrem Re-Islamisierungsprogramm eine aus einer Strategie zur Überwindung der Unterentwicklung bestehende Alternative bieten kann. Der Versuch, eine Antwort auf diese Frage zu geben, steht im Mittelpunkt des folgenden, abschließenden Abschnittes dieser Arbeit.

## V. Das Nord-Süd-Gefälle und die Strukturen der Unterentwicklung — Bietet die Re-Islamisierung eine Veränderungsstrategie?

Wie bei der Diskussion über islamische Ordo-Vorstellungen, so wird es auch bei dem Gegenstand dieses abschließenden Abschnittes nötig sein, von der iranischen Revolution zu abstrahieren, um das Problem in einem größeren Rahmen beleuchten zu können. Wir haben bisher gesehen, daß die iranische Revolution eine regionale Variante eines überregionalen Phänomens der Re-Islamisierung ist, das nur als ein Moment des Nord-Süd-Gefälles im weltgesellschaftlichen Kontext adäquat gedeutet werden kann. Auch aus den bisherigen Ausführungen dürfte es deutlich geworden sein, daß die Re-Islamisierung primär auf einer kulturellen Rückbesinnung basiert und daß das kulturelle Erbe, das durch sie vergegenwärtigt wird, nicht ausreicht, um die Probleme zu lösen. Ich gestehe die normative Ausrichtung meiner Ausführungen ein, indem ich in der Errichtung einer egalitären Weltgesellschaft die Lösung dieser Probleme sehe. Aber in einer demokratisierten und durch egalitäre Strukturen charakterisierten Weltgesellschaft, in der es kein Nord-Süd-Gefälle mehr gibt, darf keine kulturelle Uniformität herrschen. Kultu-

reller Pluralismus muß auch in einem egalitären Kontext gewahrt bleiben<sup>73)</sup>.

In seiner, der abendländischen Aufklärung tief verpflichteten Kulturphilosophie setzt sich Herder gegen eine Nivellierung der Kulturen ein. Trotz seiner polemischen Redart gegen „die Modebücher aus Paris“ übernahm Herder die liberale Idee des Pluralismus und übertrug sie auf die Völkerwelt: „Jede Nation hat ihre Vorstellungsart um so tiefer eingepreßt, weil sie ihr eigen, mit ihrem Himmel und ihrer Erde verwandt, aus ihrer Lebensart entsprossen, von ihren Vätern und Urvätern auf sie vererbt ist.“<sup>74)</sup> Zu der Idee des Pluralismus gehört aber die ebenfalls liberale Vorstellung der Gleichheit; nur gleichberechtigte Partner

<sup>72)</sup> Vgl. hierzu B. Tibi, *Akkulturation und interkulturelle Kommunikation* (Anm. 14 oben). Diese Arbeit wurde durch eine ausführliche Zitierung von Frau Staatsminister Hamm-Brücher in ihrem Einleitungsreferat zu der Fachtagung der Theodor-Heuss-Akademie: „Industrielle Zivilisation und Kulturen der Dritten Welt“ auch vom Planungsstab des Auswärtigen Amtes, Bonn, rezipiert.

<sup>74)</sup> J. G. Herder, *Idee zur Philosophie der Geschichte der Menschheit*, in: Herder, *Werke in fünf Bänden*, ed. W. Dobbeke, Berlin-Weimar 1964<sup>2</sup>, hierzu Bd. 4, S. 196.

<sup>73)</sup> Vgl. den Beleg in Anm. 62.

können in einer pluralistisch ausgerichteten Interaktion wirken.

Heute leben wir in einer durch eine einheitliche Struktur gekennzeichneten Weltgesellschaft, deren Mitglieder jedoch nicht gleichberechtigt sind, weil sie unterschiedlich entwickelt sind. Dieses durch ein Gefälle charakterisierte neue Gebilde, das alle Völker verbindet, hat Wissenschaft und Technologie als zentralen Bestandteil. Aber nur die westlich-europäischen Völker, in deren Region die industrielle Revolution stattgefunden hat, verfügen über Wissenschaft und Technologie und haben sich durch sie von der Naturgewalt befreit. Die Bewältigung der Natur, die nicht mehr religiös erklärt wird, gehört zu den Wesensmerkmalen industrieller Gesellschaften. Die islamische Kultur ist im Gegensatz zu der christlich-abendländischen noch vorindustriell und religiös bestimmt. Unter Rekurs auf die moderne europäische Sozialgeschichte habe ich schon hervorgehoben, daß die durch die Industrialisierung bedingte Säkularisierung des Christentums nicht dessen Auslöschung bedeutete. Die westlich-industrielle Kultur ist immer noch christlich geprägt, obwohl sie säkularisiert ist. Muslime fürchten um ihre Religion und identifizieren Säkularisierung mit Atheismus. Es dürfte heute evident sein, daß die Überwindung der Unterentwicklung nur durch Industrialisierung möglich ist und als soziales Beiprodukt die Säkularisierung zur Folge haben wird wie die Beispiele bereits industrialisierter Gesellschaften belegen. Muslimische Gelehrte wollen nicht erkennen, daß allein eine kulturelle Rückbesinnung auf den Islam, also die Re-Islamisierung, zwar sozialpsychologisch wichtig ist (sie löst Identitätsprobleme), aber keine Alternative zu einer bitter erforderlichen Strategie zur Überwindung von Unterentwicklung darstellt<sup>75</sup>).

Leider muß auch ich zugeben, daß die Modernisierungsprozesse im islamischen Orient bisher oft die Form der Nachahmung angenommen haben, also imitative Verwestlichung vermittelten, gegen die ich entschieden auftrat, weil sie keine Lösung des Unterentwicklungsproblems bieten. Aber wenn muslimische Gelehrte Modernisierung schlechthin als imitative Verwestlichung ablehnen und die Feststellung, der islamische Orient sei unterentwickelt, bloß als ein westliches Vorurteil ab-

tun, dann muß das moderne islamische Verständnis von Entwicklung selbst zum Gegenstand der Erörterung gemacht werden. Ein kurzer historischer Rückblick auf die zivilisationsgeschichtliche Leistung des Islam erscheint mir in diesem Kontext notwendig:

Kultur- und Zivilisationshistoriker stimmen darin überein, daß die Errichtung einer Zentralinstanz, die die Menschen in größeren Einheiten vereinigt, also die Staatsgründung, die erste substantielle Stufe im Prozeß der Zivilisation bedeutet<sup>76</sup>). Vor der islamischen Religionsstiftung waren die Araber in rivalisierenden Beduinenstämmen organisiert, die über keine materiell entwickelte Kultur verfügten. Der islamische Religionsstifter Mohammed gründete zunächst den theokratischen Stadtstaat Medina (622 n. Chr.), den der britische Islamwissenschaftler Watt „Pax Islamica“ nannte<sup>77</sup>). Aus diesem Stadtstaatsgebilde ging ein Weltreich hervor, das innerhalb seiner Grenzen eine der bedeutendsten Hochkulturen der Menschheitsgeschichte beherbergte. Im Hochislam (750—1258) integrierten die Muslime alle zivilisatorischen Errungenschaften der eroberten Reiche, Byzanz und das iranische Sassanidenreich, in ihre eigene Kultur und übernahmen die rationale griechische Philosophie<sup>78</sup>). Die Hellenisierung des Islam ist auch ein zentraler Bestand dieser Glanzepoche. Die Araber übernahmen nicht nur aus anderen Kulturen, sondern entwickelten auch eine eigene Kultur, die allerdings durch Assimilation des Fremden an das Eigene erheblich bereichert wurde. In schwach entwickelten Kulturen wird die Natur religiös oder mythologisch erklärt, wohingegen sie in entwickelteren Kulturen rational gedeutet wird. Im Hochislam war die „Rationalisierung des Kosmos“ der zentrale Inhalt der hellenisierten islamischen Philosophie, die gewiß nicht die Zustimmung der islamischen Geistlichkeit, der Ulema, gefunden hat.

Der moderne islamische Orient ist aber unterentwickelt. Zu einer solchen vorindustriellen Struktur gehört „die Entsprechung des Sakralen und Politischen“<sup>79</sup>). Der eigentliche Ge-

<sup>76</sup>) Am bedeutendsten ist hier das Werk von Norbert Elias. Vgl. die neue Ausgabe: Über den Prozeß der Zivilisation, STW-Reihe, Frankfurt/M. 1979.

<sup>77</sup>) Vgl. die Belege in Anm. 60 oben.

<sup>78</sup>) Vgl. hierüber die Beiträge in Joseph Schacht/C. E. Bosworth (ed.), *The Legacy of Islam*, Oxford 1974<sup>2</sup>, und natürlich auch die zwei Bände des *Cambridge History of Islam*, Cambridge 1970.

<sup>79</sup>) Diese Begriffsprägung wurde von Georges Balandier, *Politische Anthropologie*, München 1972, S. 123, übernommen.

<sup>75</sup>) Vgl. hierzu B. Tibi, *Islam und sozialer Wandel im modernen Orient*, in: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie*, Bd. 65 (1979), H. 4, S. 483—502, hierzu bes. S. 498 ff.

lehrte ist nicht der Wissenschaftler, sondern der Geistliche. Der Leiter der ersten ägyptischen großen Studentengruppe, die nach Paris zum Studium ging, Tahtawi, schrieb 1826 in sein Tagebuch: „Nun sollte man nicht etwa meinen, daß die Gelehrten bei den Franzosen die Priester seien, denn die Geistlichen sind lediglich Gottesgelehrte . . . Vielmehr wird der Name ‚Wissenschaftler‘ nur auf jemanden angewandt, der sich in den rationalen Wissenschaften auskennt.“<sup>80)</sup> Tahtawi, der selber ein Geistlicher war, erkannte in Paris, daß die islamischen Völker „des Abendlands bedürfen, um zu erwerben, was sie nicht wissen“<sup>81)</sup>, und meinte damit die Errungenschaften der technisch-wissenschaftlichen Kultur.

Seit dem neunzehnten Jahrhundert übernehmen die Muslime westliche Bildung und deren Institutionen. Seit Tahtawi in Paris war, haben Abertausende muslimische Studenten westliche Universitäten besucht und sind selber ein Produkt des Verwestlichungsprozesses geworden<sup>82)</sup>. Die technisch-wissenschaftliche Kultur läßt sich aber nicht allein auf eine Bildung in den rationalen Wissenschaften reduzieren; sie hat eine materielle Struktur, die ihre Substanz ausmacht: die industrielle Gesellschaft. Muslime, die eine westliche Bildung erworben haben, in den islamischen Orient zurückkehren und sich dort in eine vorindustrielle, unterentwickelte Kultur reintegrieren müssen, geraten in einen Zwiespalt. Von diesem Zwiespalt, den wir Sozialwissenschaftler Kulturautonomie<sup>83)</sup> nennen und der sich in der Desintegration der Persönlichkeit manifestiert, waren aber nicht nur Muslime, die im westlichen Ausland studiert haben, betroffen; die rein bildungsmäßige, also normative Verwestlichung umfaßt weite Teile der islami-

schen Gesellschaften. Die Kluft zwischen den angenommenen Normen und der Realität, also der Struktur der Unterentwicklung, wird den Betroffenen immer bewußter; die kulturelle Rückbesinnung, die Re-Islamisierung, ist das Produkt dieser Leiden und stellt den Versuch dar, die Identität in einer Übergangslage zu bewahren. Diese Übergangslage resultiert aus der Auflösung der traditionellen Strukturen der muslimischen Gesellschaften, ohne daß parallel moderne Strukturen der technisch-wissenschaftlichen Kultur entstehen.

Die Realisierung des eingangs zitierten Leitsatzes Herders, wonach ein kultureller Pluralismus der verschiedenen, sich unterscheidenden, aber friedlich miteinander lebenden Völker anzustreben sei, kann man sich schwerlich in einer ungleichen Weltgesellschaft vorstellen. Die westlichen Völker, die die „Oberschicht“ (Norbert Elias) der heutigen Welt bilden, verdanken der technisch-wissenschaftlichen Kultur, die sie entwickelten, ihre privilegierte Stellung. Egalisierung und somit Demokratisierung der weltgesellschaftlichen Verhältnisse kann nur darin bestehen, daß die anderen Völker diese technisch-wissenschaftliche Kultur in ihre eigene integrieren, also die Unterentwicklung überwinden.

Die islamischen Gesellschaften sind alle unterentwickelt und beruhen auf der *Entsprechung des Sakralen und des Politischen*. Wissenschaft und Technologie aus dem entwickelten Westen übernehmen und eine islamisch-säkulare Variante technisch-wissenschaftlicher Kultur entwickeln heißt nicht, den Westen nachahmen. Kulturelle Rückbesinnung, die den islamischen Geistlichen als Träger der religiösen Kultur zur Macht verhilft, wie dies in Iran im Rahmen einer islamisch legitimierten Erhebung geschehen ist, kann keine Lösung bieten. Die Re-Islamisierung bietet keine Alternative zur Überwindung der Unterentwicklung. Die iranische Revolution hat bisherige Strukturen aufgelöst, ohne auch nur im Ansatz neue Strukturen hervorzubringen, die auf eine nicht bloß aus Verbalinjurien bestehende Alternative, sondern auf ein Gegenmodell zur Verringerung des Nord-Süd-Gefälles durch die Entwicklung des Landes hindeuten würden.

<sup>80)</sup> Das Pariser Tagebuch Tahtawis liegt in einer im Rahmen einer orientalistischen Dissertation angefertigten Übersetzung vor; vgl. Karl Stowasser, *Ät-Tahtawi in Paris, Ein Dokument des arabischen Modernismus aus dem frühen 19. Jahrhundert*, Münster 1968, S. 199

<sup>81)</sup> Ebenda, S. 70.

<sup>82)</sup> Hierüber informiert B. Tibi, *On Modern Education, Students and Social Change in the Islamic Middle East*, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, Bd. 13 (1980), H. 3, S. 235–241.

<sup>83)</sup> Vgl. Maria Mies, *Anomie als Folge westlicher Bildung*, in: *Die Dritte Welt*, Bd. 1 (1972), H. 1, S. 23–38.

# Die innenpolitischen Determinanten der israelischen Außenpolitik

## Das Problem

Israels Außenpolitik seit 1967 war — so kann man durchaus behaupten — unsystematisch, arm an Initiative und ganz überwiegend reaktiv. Das Jahrzehnt nach seinem überwältigenden militärischen Sieg im Sechs-Tage-Krieg zeichnet sich in erster Linie durch Zaudern und Immobilismus auf der Ebene der Diplomatie aus. Auf der Weltbühne ließ Israel sämtliche im Krieg von ihm bewiesenen Eigenschaften wie Unerschrockenheit, Initiative und Risikofreude vermissen. Seine Außenpolitik war im Gegenteil von übertriebener Vorsicht und verbissenem Festklammern am Status quo gekennzeichnet. Die beiläufigen Veränderungen seiner politischen Linie, die den-

noch zustande kamen, waren weniger bewußt geplant als vielmehr das Produkt schmerzhaften Nachgebens auf den von außen her einwirkenden Druck. Ohne der israelischen Außenpolitik Planlosigkeit oder das Ausbleiben größerer Initiativen in den Beziehungen zu seinen Nachbarn vorzuwerfen<sup>1)</sup>, muß man selbst unter Berücksichtigung dessen, was definitiv getan wurde, zugeben, daß die israelische Außenpolitik im allgemeinen ziemlich kurzfristig und mit der Tendenz behaftet war, auf Ereignisse und insbesondere Krisen mit einer Mischung aus militärischem Aktivismus und diplomatischer Immobilität zu reagieren.

## Zur Illustration: Der historische Hintergrund

Die Fakten, die diese Beurteilung der israelischen Außenpolitik belegen, sprechen für sich. Kurz nach dem Waffenstillstand im Juni 1967 kündigte Ministerpräsident Eshkol an, Israel werde keines der besetzten arabischen Gebiete zurückgeben, bevor die Araber nicht in direkte Verhandlungen mit Israel über einen formellen Frieden einschließlich sicherer und anerkannter Grenzen einwilligten<sup>2)</sup>. Diese Formel, die die Grundlage der israelischen Diplomatie für die nächsten sechs Jahre bildete, war Israels Höchsthforderung nach Frieden und Sicherheit ohne jeglichen Kompromiß. Schon bald mußte man einsehen, daß diese Strategie kaum geeignet sein dürfte, einen Dialog mit Israels Gegnern zustande kommen zu lassen oder seine territorialen Trümpfe in politische Münze umzuwandeln. Israel hatte praktisch auf seine eigene Manövriertfähigkeit in der diplomatischen Arena verzichtet. General Dayan gab dies bereits im Oktober 1967 freimütig zu. Seine Regierung, so erklärte er, sei deshalb nicht zu einer Stellungnahme zu Friedensvorschlägen zu bewegen, weil sie

diesbezüglich ganz einfach überhaupt keine Meinung habe<sup>3)</sup>.

Diese unrealistische Haltung mußte Israel zwangsläufig in eine Sackgasse drängen, in der ihm nichts übrig blieb, als auf die diplomatischen Initiativen seiner arabischen Gegner und der internationalen Gemeinschaft zu reagieren. Und da man fast ausnahmslos die Ansicht vertrat, diese Initiativen liefen Israels Interessen zuwider, waren die Reaktionen kühl

*Bei diesem Beitrag handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Artikels, der im Aprilheft 1980 der Zeitschrift „International Affairs“ erschienen ist. Der Artikel wurde übersetzt von Heidemarie Sehm-Ludwig, Kassel.*

<sup>1)</sup> Der frühere israelische Außenminister Abba Eban bestreitet entschieden, daß die israelische Politik zwischen 1967 und 1973 stagniert habe, und behauptet, nach 1967 seien die Friedensbestrebungen intensiver denn je in der Geschichte des Landes gewesen. Zur Untermauerung seiner These führt er an, das israelische Kabinett habe ihn Ende Juni 1967 mit der Überbringung einer Botschaft an die Vereinigten Staaten zur Weiterleitung an die Regierungen Ägyptens und Syriens beauftragt, in der Israel sich zur Unterzeichnung von Friedensverträgen „auf der Grundlage der ehemaligen internationalen Grenzen mit Änderungen im Sinne der Sicherheit Israels“ bereit erklärt. Eban bezeichnet diesen Vorschlag, der von Ägypten und Syrien zurückgewiesen wurde, als „die dramatischste Initiative, die je eine israelische Regierung vor und nach 1967 ergriffen hat“. *An Autobiography*, London 1977, S. 435—36 und 453.

<sup>2)</sup> *Divrei ha-Knesset* (Protokoll der Knesset), 12. Juni 1967.

<sup>3)</sup> *Haaretz*, 17. Oktober 1967.

bis ausgesprochen feindselig. Die wichtigste Initiative, die den in dieser Hinsicht breitesten internationalen Konsens zum Ausdruck brachte, war die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates vom November 1967, die den Rückzug Israels „aus während des jüngsten Konfliktes besetzten Territorien“ sowie die Anerkennung des Rechtes aller beteiligten Völkerschaften auf eine Existenz innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen forderte. Israel, das diese Entschließung als internationale Übereinkunft über eine drastische Veränderung seiner territorialen Position interpretierte, war nun gezwungen, bewußt auszuweichen<sup>4)</sup>. In diesem Licht ist auch seine zwar korrekte, jedoch wenig enthusiastische Haltung gegenüber UN-Mittler Jarring zu bewerten, da die Vermittlung durch eine dritte Partei nur ein dürftiger Ersatz für direkte Verhandlungen zwischen den Beteiligten war.

Als sich die Vier Mächte im Frühjahr 1969 anschickten, in inoffiziellen Verhandlungen Vorschläge für eine arabisch-israelische Einigung zu erarbeiten, bestritt die Regierung der verstorbenen Ministerpräsidentin Golda Meir ihnen vehement das Recht zu solchem Vorgehen und erklärte kategorisch, sie werde ihre Empfehlungen gar nicht erst in Betracht ziehen<sup>5)</sup>. Der nach dem Scheitern der Gespräche im Dezember 1969 lancierte Rogers-Plan stieß augenblicklich auf Israels strikte Ablehnung. Der zweite Rogers-Plan vom Juni 1970, in dem von einer Einigung gar nicht erst die Rede war, sondern lediglich von einem Waffenstillstand und der Wiederaufnahme der Jarring-Mission, stürzte Israels Regierung dennoch in eine ihrer tiefsten Krisen, die erst beigelegt werden konnte, als der rechte Gahal-Block die Koalition aus Protest gegen die von der Regierungsmehrheit favorisierte, vorsichtig zustimmende Antwort verließ<sup>6)</sup>. Als die Waffenstillstandsvereinbarung von den Ägyptern verletzt wurde, setzte Israel seine Teilnahme an den Gesprächen jedoch aus. In der Absicht, den toten Punkt zu überwinden, forderte Jarring Ägypten zu einer Erklärung seiner Bereitschaft zur Unterzeichnung einer Friedensvereinbarung

mit Israel auf. Als Gegenleistung müsse Israel sich zum Rückzug von der Sinai-Halbinsel verpflichten. Die von Ägypten erklärte Zustimmung hätte den Durchbruch bringen können, wenn Israel nicht kategorisch entgegnet hätte, es „werde sich nicht hinter die Linie von vor dem 5. Juni 1967 zurückziehen“<sup>7)</sup>. Angesichts dieser negativen Antwort war Jarring machtlos und seine Mission gescheitert.

1971/72 konzentrierten sich die Bemühungen um eine Beilegung des Konfliktes auf den Versuch, eine Interimsvereinbarung über einen teilweisen Rückzug Israels aus dem Sinai und die Wiedereröffnung des Suezkanals durch Ägypten zu erreichen. Dies war ursprünglich Dayans Idee gewesen, doch wie gewöhnlich blieb die Initiative anderen überlassen, weil die israelische Regierung sich nicht auf konkrete Vorschläge einigen konnte. Als Staatspräsident Sadat diesen Gedanken im Februar 1971 aufgriff, prangerte die Regierung Golda Meir seinen Vorschlag als ein Komplott an, Israels Rückzug ohne Friedensvertrag zu erschleichen, behielt sich die weitere Prüfung der Lage indessen vor und ermöglichte damit den Amerikanern, in die Vermittlerrolle zu schlüpfen. Doch die Gespräche scheiterten schließlich an der unnachgiebigen Haltung Israels und der Weigerung, sich weiter als 9 Kilometer hinter die Wasserlinie zurückzuziehen und die symbolische Präsenz ägyptischer Streitkräfte am Ostufer des Suez-Kanals zu akzeptieren. Als Israel einige Jahre später auf Sadats Friedensinitiative hin die in der Vergangenheit von Ägypten unternommenen Schritte erneut prüfte, gab Dayan zu, daß Israels Bedingungen unrealistisch gewesen waren und man es sich selbst zuschreiben hätte, daß diese Gelegenheit zu einer Entschärfung der Konflikte ungenutzt verstrichen sei<sup>8)</sup>.

An der jordanischen Front verhielt Israel sich auch nicht flexibler. Als König Hussein im März 1972 einen Plan für die Rückgabe des Westufers und die Schaffung einer jordanisch-palästinensischen Konföderation unterbreitete, die dann einen Friedensvertrag mit Israel abschließen sollte, erteilte Israel ihm eine abschlägige, defensive und wenig eindeutige

<sup>4)</sup> Einen Überblick über die Kontroverse um die Resolution 242 und Israels Standpunkt gibt Bernard Reich, *Quest for Peace: United States — Israel Relations and the Arab-Israeli Conflict*, New Brunswick 1977, S. 131—133.

<sup>5)</sup> Die Zeitung *The Jerusalem Post* veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 31. Mai 1969 den vollen Wortlaut der Erklärung des israelischen Kabinetts bei Beginn der Gespräche. Golda Meirs Erklärung wurde am 13. April 1969 in *Haaretz* abgedruckt.

<sup>6)</sup> Michael Brecher, *Decisions in Israel's Foreign Policy*, London 1974, Kap. 8.

<sup>7)</sup> "Report of the Secretary-General on the Activities of the Special Representative to the Middle East", UNO-Dokument S/10403 (A18541), 30. November 1971, Anhang III.

<sup>8)</sup> Interview in der Zeitung *Maariv*, 21. März 1975. Darin bedauerte Eban Dayans Versäumnis, „diesen konstruktiven Vorschlag, mit dem der Yom-Kippur-Krieg hätte verhindert werden können, mit seiner gewohnten Zielstrebigkeit zu verfolgen“. An *Autobiography*, S. 476.

Antwort<sup>9)</sup>. Zweifellos war Israels Zurück-scheuen vor politischen Risiken und ernsthaften diplomatischen Initiativen, sein Streben nach einer Konsolidierung des territorialen Status quo dafür verantwortlich, daß die gemäßigten arabischen Politiker wie Sadat und möglicherweise auch Hussein schließlich davon überzeugt waren, daß das Dilemma nur mit Gewalt zu lösen sei.

In den Nachwehen des Oktoberkrieges untermauerte Israel seinen Ruf der Unnachgiebigkeit weiter. Erst nach beispiellosen Bemühungen der USA und durch Kissingers hinhaltende Kleine-Schritte-Diplomatie gelang die Sicherstellung des israelisch-ägyptischen Truppenentflechtungsabkommens vom Dezember 1973 und des israelisch-syrischen Truppenentflechtungsabkommens vom April 1974 durch schonungslosen Druck auf Israel<sup>10)</sup>. Kissinger, der die günstige Gelegenheit nutzen wollte, forderte Israel zur Preisgabe Jerichos als Gegenleistung für ein jordanisch-israelisches Truppenentflechtungsabkommen auf, doch Ministerpräsident Rabin, der Golda Meir im Juni 1974 ablöste, verwarf diese Idee<sup>11)</sup>. Rabins Politik, die oft ausschließlich auf Abwarten und Zeitgewinn hinzuzielen schien<sup>12)</sup>, trug dann im März 1975 auch zum Scheitern der energischen Bemühungen Kissingers um ein ägyptisch-israelisches Interimsabkommen bei. Nach der Androhung durch die Regierung der USA, das besondere Verhältnis zu Israel zu „überdenken“, und weiterem intensiven Druck und Feilschen kam es schließlich doch noch im September 1975 zustande.

Die Niederlage der israelischen Arbeitspartei bei den Wahlen im Mai 1977 beendete ihre neunundzwanzigjährige ununterbrochene Vorherrschaft und brachte die von Menachem Begin und seinem harten Kurs geführte Likud-

Partei an die Macht. Begin und seine Partei proklamierten die politische Unteilbarkeit des Gebietes zwischen Mittelmeerküste und Jordan und betrieben eine Politik jüdischer Ansiedlung und jüdischer Hegemonie in Judäa und Samaria<sup>13)</sup>. Begin leitete die neue Phase der israelischen Außenpolitik mit viel propagierten Erklärungen ein, die alle darauf hinausliefen, er werde Rabins Politik der schrittweisen Annäherung nicht akzeptieren. Ohnehin könne die Zukunft des Westufers nicht Verhandlungsgegenstand sein, da es einen integralen Bestandteil der historischen Heimstätte des jüdischen Volkes bilde. Gleichzeitig schickte Begin jedoch geheime Unterhändler zu Staatspräsident Sadat, die den Boden für Sadats historischen Besuch in Jerusalem bereiten halfen<sup>14)</sup>. In völligem Gegensatz zur Politik seines Vorgängers willigte er ein, Ägypten als Gegenleistung für einen Frieden den gesamten Sinai zurückzugeben und sogar die israelischen Ansiedlungen in diesem Gebiet rückgängig zu machen. Doch als der Friedensprozeß in Gang kam, zeigte sich die israelische Regierung in der Frage der palästinensischen Autonomie und der jüdischen Ansiedlungen auf dem Westufer wiederum von ihrer unachgiebigen Seite. Besonders strikt lehnte die Regierung den Gedanken der palästinensischen Autonomie für das Westufer und Gaza ab, für die Begin in seinem ursprünglichen Friedensplan selbst eingetreten war und die daraufhin in die Vereinbarungen von Camp David über den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag einbezogen wurden. Durch Präsident Carters persönlichen Einsatz in den detaillierten und langwierigen Verhandlungen nach Camp David und den beharrlichen Druck, den er auf Israel ausübte, kam zwar der Friedensvertrag schließlich im März 1979 doch noch zustande, aber wiederum zeichneten der scharfe Ton der israelischen Unterhändler, ihre widersprüchlichen Äußerungen und ihre Hinhaltenaktik — möglicherweise zu Unrecht — das Bild einer starren und unachgiebigen israelischen Regierung, deren Verdienst dieser Vertrag nicht war.

<sup>9)</sup> Golda Meirs Rede in der Knesset, *Divrei ha-Knesset*, 16. März 1972.

<sup>10)</sup> Edward R. F. Sheehan, *The Arabs, Israelis and Kissinger* (New York: Reader's Digest Press, 1976). Reich, *Quest for Peace*, S. 241—268, und William B. Quandt, *Decade of Decisions: American Policy Toward the Arab-Israeli Conflict, 1967—1976*, Berkeley 1977, S. 207—252.

<sup>11)</sup> Eban bezeichnete diese Entscheidung als „die Unterordnung internationaler und innenpolitischer Belange“. An *Autobiography*, S. 582.

<sup>12)</sup> Rabin äußerte sich in einem Interview mit *Haaretz* am 3. Dezember 1974 offen zu dieser Politik des Immobilismus.

<sup>13)</sup> Amos Perlmutter, *Begin's Strategy and Dayan's Tactics: The Conduct of Israeli Foreign Policy*, in: *Foreign Affairs*, 56. Jahrgang, Nr. 2, Januar 1978.

<sup>14)</sup> Shmuel Seguev, *Sadat-ha-Derekh la-Shalom* (Sadat — der Weg zum Frieden), Jerusalem: 1978, S. 42—44, *Maariv* (Sonderbeilage über den Friedensvertrag), 23. März 1979, und Interview mit Begin, *Maariv*, 11. April 1979.

## Unterschiedliche Erklärungsversuche

Die Literatur über den arabisch-israelischen Konflikt bietet für dieses außenpolitische Verhalten eine Reihe von Erklärungen an. Dabei sind verschiedene Auffassungen zu unterscheiden, die sich in mancher Hinsicht gegenseitig ergänzen:

*Israel aus der „objektiven“ Perspektive seiner internationalen Stellung.* Aus dieser Sicht ist Israels Außenpolitik vor allem im globalen internationalen Rahmen zu beurteilen. Als kleiner Staat mit begrenzten Möglichkeiten in einer von mächtigen Staaten beherrschten Welt hat er zwangsläufig auch nur einen eingegrenzten außenpolitischen Handlungsspielraum<sup>15)</sup>.

*Israel aus der „subjektiven“ regionalen Perspektive* ist ein kleines Land, das, umgeben von Nachbarn, die in unversöhnlicher Feindseligkeit seine Vernichtung betreiben, in seinem Überlebenskampf nicht anders kann, als nur auf deren Initiativen zu reagieren. Von diesem Standpunkt gehen vor allem diejenigen aus, die in Israel die Entscheidungen treffen, daneben aber auch wohlwollende Beobachter. Sie betonen die unausweichlichen Einschränkungen der außenpolitischen Handlungsfreiheit Israels, die sich auch aus der rauen regionalen Umwelt und dem, wie sie meinen, einzigartigen Charakter des Konflikts ergeben, der einer der beteiligten Parteien schlicht die Existenz streitig macht<sup>16)</sup>.

*Die ideologische Perspektive* liegt den meisten arabischen und einigen israelischen Kritikern der äußersten Linken zugrunde. Von diesem Standpunkt aus ist die offizielle zionistische Ideologie des jüdischen Staates die trei-

bende Kraft seiner Außenpolitik und der Hauptgrund für seine diplomatische Kompromißfeindlichkeit. Im Gegensatz zur vorher genannten Auffassung, deren exakte Umkehrung sie darstellt, zeichnet diese Perspektive Israel nicht als das Opfer ungünstiger Umgebungsbedingungen, sondern als einen exklusiv jüdischen, inhärent aggressiven Staat, der jegliche Koexistenz verneint, sich dem Expansionismus verschrieben hat und von diesem zum Endziel jüdischer Souveränität über das gesamte Gebiet der biblischen Heimstätte *Eretz Ysrael* vorangetrieben wird<sup>17)</sup>.

*Als viertes ist die Eliteauffassung* zu nennen. Sie folgt dem gegenwärtigen Trend der Sozialwissenschaften und konzentriert sich bei der Erklärung des außenpolitischen Verhaltens Israels mehr auf die subjektiven Reaktionen, die psychologische Umgebung der politischen Führungselite als auf die ‚operationelle Umgebung‘. Die tragische jüdische Vergangenheit, das Erleben der ständigen Bedrohung der Sicherheit Israels und das Bild der Araber als eines monolithischen und unversöhnlichen generischen Blockes — dies alles habe in seiner Allgegenwärtigkeit die Fähigkeit, Gelegenheiten zu erkennen und Veränderungen und Neuerungen in der Außenpolitik vorzunehmen, ernsthaft herabgesetzt<sup>18)</sup>.

*Eine weitere Perspektive betrachtet das Zustandekommen der Außenpolitik im Kontext organisatorischer und institutioneller Mechanismen und Verfahrensweisen.* Das Hauptgewicht liegt hierbei auf dem Einfluß, den die Entscheidungsmechanik auf Substanz und Inhalt außenpolitischer Konzepte ausübt<sup>19)</sup>.

<sup>15)</sup> David Vital, *The Survival of Small States*, London 1971, Oxford University Press, Kap. 3: "Israel — The Contemporary Paradigm".

<sup>16)</sup> Der führende Exponent dieser Erklärung für Israels reaktives Verhalten ist Yehoshafat Harkabi. Er vertritt diese Ansicht in verschiedenen Veröffentlichungen in hebräischer und englischer Sprache, zuletzt in: *Arab Strategies and Israel's Response*, New York 1977, The Free Press. Der Titel dieses Buches ist bezeichnend, ebenso Harkabis Einteilung des nationalen Meinungsspektrums über die politischen Probleme Israels in drei Schulen. Er erklärt ausdrücklich, sie seien alle *reaktiv*, d. h., sie gehen von ihren Vermutungen über den arabischen Standpunkt und die arabische Bedrohung aus. Die Ansicht, die Zwänge auf dem Gebiet der Außen- und Verteidigungspolitik Israels seien teilweise externer Art, teilweise aber *selbst auferlegt*, vertritt Dan Horowitz: *The Israeli Concept of National Security and the Prospects of Peace in the Middle East*, in: Gabriel Sheffer, *Dynamics of a Conflict*, New Jersey 1975.

<sup>17)</sup> Diese Auffassung, die es in unterschiedlichen Schattierungen, und zwar extremistischen und gemäßigten, gibt, findet sich in der umfangreichen arabischen Literatur über den Konflikt. Einen der klassischen Standpunkte gibt Sami Hadawi wieder: *Bitter Harvest: Palestine between 1914—1967*, New York 1967. Einen kritischen Überblick über die arabischen Standpunkte zu Israel und dem Zionismus gibt Y. Harkabi, *Arab Attitudes to Israel*, Jerusalem 1972.

<sup>18)</sup> Das wegweisende Werk für diese Auffassung ist Michael Brecher, *The Foreign Policy System of Israel: Setting, Images, Process*, London 1971. Eine umfassende und systematische Abhandlung über das Zustandekommen der israelischen Außenpolitik und ein fundamentaler Beitrag zur Entwicklung der übrigen Perspektiven. Neu und besonders aufschlußreich ist Teil II über den ‚psychologischen Hintergrund‘ der Führungselite Israels.

<sup>19)</sup> In dieser Hinsicht ist ebenfalls Brecher wegweisend: *The Foreign Policy System of Israel*, desgleichen der Begleitband über *Decisions in Israel's For-*

Die Anhänger dieser Auffassung neigen dazu, die israelische Außenpolitik als einen hochgradig personalisierten, unsystematischen Prozeß mit vielen Ad-hoc-Handlungen zu betrachten. Vorausschauendes, konsequentes, kohärentes Handeln und die Fähigkeit zu zielstrebigem Initiative erfordern ein gewisses Maß an Planung. Der ausgeprägte Pragmatismus und das Fehlen einer ernsthaften Planungsmaschinerie im israelischen Entscheidungssystem wirken jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Diese Eigenart des Systems gilt als allgemein anerkanntes Faktum. Bei einer Befragung hoher Regierungsbeamter und Politiker stellte sich heraus, daß alle Befragten mehr oder weniger darin übereinstimmen, die israelische Außenpolitik sei ihrer Natur nach fast ausschließlich reaktiv, kenne lang-, mittel- und selbst kurzfristige Planung so gut wie überhaupt nicht und sei völlig von ihren jeweiligen „Feuerwehraktionen“ in Anspruch genommen<sup>20</sup>).

Schließlich gibt es die innenpolitische Perspektive. Sie unterstreicht die Rolle des israelischen politischen Systems — einer parlamentarischen Vielparteiendemokratie mit einer Koalitionsregierung und einer dominierenden Partei — als Determinante der Außenpolitik des Landes. Das Dilemma der israelischen Außenpolitik wird vorwiegend dem Zusammenbruch des nationalen Konsens nach dem Krieg von 1967 und dem Entstehen einer tiefen Kluft zwischen den Parteien in Hinblick auf die von diesem Krieg aufgeworfenen Probleme, insbesondere die Zukunft der besetzten Gebiete, angelastet. Die aufeinanderfolgenden Koalitionsregierungen seien jeglichen

*eign Policy.* Siehe auch R. D. MacLaurin, Mohammed Mughisuddin und Abraham Wagner, *Foreign Policy Making in the Middle East*, New York 1977.

<sup>20</sup>) Lewis Brownstein, Decision-Making in Israeli Foreign Policy: An Unplanned Process, in: *Political Science Quarterly*, 92. Jahrgang, No. 2, Sommer 1977. Die Gründe für den Hang zur Planlosigkeit in der Entscheidungsfindung fast aller Bereiche der israelischen Politik erörterten Benjamin Akzin und Yehezkel Dror, *Israel: High Pressure Planning*, New York 1966. Zu verschiedenen Fallstudien im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik im Hinblick auf die Probleme der Entscheidungsfindung siehe Avi Shlaim, Crisis Decision-Making in Israel: The Lessons of the October War, in: *The International Yearbook of Foreign Policy Analysis*, Band II, herausgegeben von Peter Jones, London 1975; Avi Shlaim, Failures in National Intelligence Estimates: The Case of the Yom-Kippur-War, in: *World Politics*, 28. Jahrgang, No. 3, April 1976; Avi Shlaim und Raymond Tanter, Decision Process, Choice and Consequences: Israel's Deep-Penetration Bombing in Egypt, 1970, in: *World Politics*, 30. Jahrgang, No. 4, Juli 1978.

brauchbaren Konsenses beraubt und daher gezwungen gewesen, um der inneren Einigkeit willen Entscheidungen zu vermeiden, hätten dadurch jedoch gleichzeitig die Möglichkeit einer flexiblen, weitsichtigen und markanten Außenpolitik eingeübt<sup>21</sup>).

Mit der Reihenfolge dieser Aufzählung ist keineswegs beabsichtigt, die Auffassungen über die israelische Außenpolitik ihrer Bedeutung nach hierarchisch zu gliedern, noch soll unterstellt werden, daß sie miteinander vereinbar wären oder sich gegenseitig ausschließen. Es soll lediglich klargestellt werden, daß trotz erheblicher Gemeinsamkeiten in den Auffassungen auch Meinungsverschiedenheiten bestehen und daher keine einzige dieser Theorien eine erschöpfende Erklärung für die israelische Außenpolitik geben kann. Darüber hinaus mag jede Auffassung für sich je nach den augenblicklichen Gegebenheiten heute mehr, morgen weniger einleuchtend sein. So könnte man beispielsweise argumentieren, die äußeren Zwänge seien vor 1967 wesentlich gravierender gewesen als späterhin, und daher treffe die internationale sowie die regionale Perspektive insbesondere für diese frühe Periode zu. Nach dem Sechs-Tage-Krieg war Israels Aktionsfreiheit aufgrund seiner unbestreitbaren regionalen Vormachtstellung und der relativ großen Geschlossenheit des Subsystems Mittlerer Osten, die die Interventionsmöglichkeiten für die Supermächte beschränkte, erheblich gewachsen<sup>22</sup>). Da die israelische Diplomatie gleichzeitig tiefer in die Abhängigkeit innerer Zwänge geriet, gewann der Faktor Innenpolitik bei der Erklärung des außenpolitischen Verhaltens an Bedeutung.

Sämtliche vorgenannten Analysen der israelischen Politik im allgemeinen und der Außenpolitik im besonderen betonen das Primat der Parteien und gehen von diesen als den letzten Grundeinheiten für eine Analyse der israelischen Außenpolitik aus. „Der Anfang aller Weisheit in der israelischen Politik“, so bemerkte ein Autor, „liegt in der Anerkennung der Vorrangstellung der politischen Partei-

<sup>21</sup>) Eine überaus detaillierte und scharfsichtige Analyse des Einflusses der innenpolitischen Situation auf die Außenpolitik gibt Nadav Safran, *Israel — The Embattled Ally*, Cambridge 1978. Siehe auch Rael Isaac, *Israel Divided: Ideological Politics in the Jewish State*, Baltimore 1975, über das Aufkommen der Friedensbewegung und der Bewegung Größeres Israel nach dem 1967er Krieg und das Abbröckeln der politischen Mitte innerhalb der Regierung als Ergebnis dieser ideologischen Polarisierung.

<sup>22</sup>) Eine eingehende Erörterung gibt Yair Evron, *The Middle East: Nations, Super Powers and Wars*, London 1973.

en.<sup>23)</sup> Ein anderer sieht in einer Studie zur israelischen Außenpolitik im politischen Parteiensystem des Landes „den Hauptmechanismus der Meinungsbildung und der Artikulierung von Standpunkten, und zwar deshalb, weil Israel eine funktionierende Demokratie ist und dieses in einem außerordentlich klar abgegrenzten Parteiensystem seinen Ausdruck findet“<sup>24)</sup>. Wie derselbe Autor in einer späteren Arbeit zu beachten gibt, nahm jedoch die Klarheit, mit der die Parteien außenpolitische Standpunkte artikulierten, in der Periode nach 1967 deutlich ab, da sich innerhalb der Parteien Spaltungen bemerkbar machten<sup>25)</sup>. Weiterhin gibt der Autor eine umfassende Beschreibung der Veränderungen des israelischen Parteiensystems und erläutert deren Auswirkungen auf die israelische Außenpoli-

tik<sup>26)</sup>. Da sich diese Analyse jedoch zu sehr auf das politische Parteiensystem und die Führungselite konzentriert und die in letzter Konsequenz für die Struktur und das Funktionieren des politischen Systems ausschlaggebende soziale Komponente vernachlässigt, wurden einige wichtige Ursachen des für die israelische Außenpolitik charakteristischen Mangels an Flexibilität übersehen. Diese und ihr Gewicht für die Außenpolitik stehen im Mittelpunkt der nun folgenden Betrachtung, die davon ausgeht, daß für das grundlegende Verständnis der israelischen Außenpolitik weniger die Anerkennung der Vorrangstellung der politischen Parteien als die der komplexen und veränderlichen Wechselwirkungen zwischen dem sozialen und dem politischen System Israels erforderlich ist.

## Die Wurzeln des Problems

Dabei sollte zunächst geklärt werden, ob Israel in dieser Hinsicht einzigartig ist oder einem globalen bzw. zumindest westlichen Muster folgt<sup>27)</sup>. Fest steht, daß die Anfänge der politischen und sozialen Struktur im entstehenden Israel von einzigartigem Charakter waren. Politische Spaltungen entwickeln sich im allgemeinen parallel zu den sich zur Verteidigung ihrer Interessen politisch formierenden gesellschaftlichen Gruppen aus bereits bestehenden sozialen Ausdifferenzierungen<sup>28)</sup>. In der jüdischen Gemeinschaft in Palästina vor der Erlangung der Unabhängigkeit war das Gegenteil der Fall. Das Land war politisch bereits gespalten, ehe sich überhaupt eine Gesellschaft formieren konnte. Unter anderem bestanden ideologische Differenzen bei Komplexen wie Sozialismus kontra Kapitalismus, Religion kontra Staat und Aktivismus kontra Mäßigung gegenüber den Arabern und den britischen Mandatsbehörden. Diese miteinander im Widerstreit liegenden ideologischen Positionen hatten sich bereits früher, vor allem in der osteuropäischen Diaspora, herausgebildet, waren dann mit den Emigranten nach Palästina gelangt und hatten dort allmählich in der institutionellen Realität ihren Niederschlag gefunden. Diese Institutionen dienten in erster Linie dazu, die von den Agenten politischer Parteien (Shelichim) nach Palästina gebrachten Einwanderer aufzufangen. Als die britischen Mandatsbehörden sich später nur noch der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung verpflichtet sahen, übernahmen diese politischen Parteien selbst die Versor-

gung der Neuankömmlinge mit Wohnung, Ausbildung, Gesundheitswesen und paramilitärischem Schutz. Somit wurden die Einwanderer von einer durch und durch politisierten Umgebung absorbiert, bevor noch ein unabhängiger Staat entstanden war<sup>29)</sup>.

Der Errichtung des Staates im Mai 1948 folgten zwei entgegengesetzte Entwicklungen. Unter der Führung des ersten israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion, einem überaus kompromißlosen Zentralisator, setzten die Behörden des neu entstandenen Staates alles daran, die nicht politischen (jedoch hochgradig politisierten), bisher von den Parteien zur Verfügung gestellten Dienstleistungen weitestmöglich zu verstaatlichen. Nach einem harten Tauziehen, das das Land mitten in seinem Un-

<sup>23)</sup> Leonard J. Fein, *Politics in Israel*, Boston 1967, S. 67. Siehe auch Benjamin Akzin, *The Role of Parties in Israeli Democracy*, in: *Journal of Politics*, 17. Jahrgang, Nr. 4, November 1955.

<sup>24)</sup> Nadav Safran, *Israel's Internal Politics and Foreign Policy*, in: *Political Dynamics in the Middle East*, hrsg. v. Y. Hammond und Sidney S. Alexander, New York 1972, S. 155.

<sup>25)</sup> Safran, *Israel: The Embattled Ally*, Kap. 12.

<sup>26)</sup> *Ebenda*.

<sup>27)</sup> Giovanni Sartori beispielweise betrachtet Israel als ganz und gar atypisch: *European Political Parties: The Case of Polarized Pluralism*, in: Joseph LaPalombara und Myron Weiner (Hrsg.), *Political Parties and Political Development*, Princeton 1966, S. 160.

<sup>28)</sup> Seymour Martin Lipset, *Political Man*, London 1960.

<sup>29)</sup> Dan Horowitz und Moshe Lissak, *Miyishuv le-Medina* (Die Anfänge der israelischen Politik), Tel Aviv 1977, S. 104—107.

abhängigkeitskrieg an den Rand eines Bürgerkrieges brachte, wurde als erstes das Verteidigungswesen vom Staat übernommen. Bald darauf folgten weitere Bereiche wie das Bildungswesen und die Eingliederung der Einwanderer durch die Zentralregierung<sup>30</sup>).

Der zweite Trend, der nach der Errichtung des Staates zutage trat, lief auf die Konsolidierung von Verhältnissen unter einem lockeren nationalen Dach hinaus, wie sie sich vor der Erlangung der Unabhängigkeit ergeben hatten. Keiner Partei gelang es, die Mehrheit der 120 Sitze in der *Knesset* (Parlament) auf sich zu vereinigen. Das politische System war durch extreme Parteienvielfalt mit der Mapai als der dominierenden Partei gekennzeichnet. Koalitionsregierungen wurden unvermeidlich, und um möglichst viel für sich selbst herauszuholen, bildete die Mapaipartei immer wieder Koalitionen, die größer waren, als unbedingt er-

forderlich<sup>31</sup>). Da die Mapaipartei fest entschlossen war, das Quasi-Monopol der Außen- und Verteidigungspolitik nicht aus der Hand zu geben, mußten die den Koalitionspartnern gewährten Konzessionen in der Innenpolitik gemacht werden. Die Zugeständnisse an die religiösen Parteien betrafen in erster Linie die Rolle der Religion innerhalb des Staatswesens; andere Koalitionspartner erhielten die Kontrolle über eine Reihe ziviler Ministerien. Das Resultat war ein quasi-theokratischer Status quo in einer vorwiegend säkularisierten Gesellschaft. Weiterhin ergab sich auf lange Sicht eine „Beschlagnahme“ bestimmter Regierungsämter durch einzelne Parteien, die sie benutzten, um ihre traditionelle Wählerschaft bei der Stange zu halten, und mit ihrer Hilfe diese Wahlprüfnde während der massiven Einwanderungsbewegung Anfang der fünfziger Jahre erweiterten.

## Der heutige Stand

Derart waren in groben Zügen die gesellschaftlich-politischen Wechselbeziehungen im ersten Jahrzehnt des Bestehens des Staates Israel. Der heutige Stand der Dinge ist indes ein völlig anderer. Die überwiegende Mehrheit der israelischen Bürger waren nun solche, die als Einwanderer in ein unabhängiges Land gekommen waren, und junge Sabras, die mit dem fanatischen ideologischen Ethos der Gründerväter kaum noch etwas anfangen konnten<sup>32</sup>). Ein Ergebnis dieses Prozesses war die Aufspaltung auf Landesebene der Parteiangehörerschaft in zunehmend einflußreiche und anmaßende lokale Zweige, Interessengruppen und andere sekundäre Einflußzentren, die die Vermittlerfunktion zwischen Basis und Parteispitze innehaben. Von dieser Gewichtsverschiebung vom Zentrum zur Peripherie waren alle politischen Parteien, in ganz besonderem Maße jedoch die Arbeiterpartei, betroffen. Nach dem Oktoberkrieg beschleunigte sich dieser Desintegrationsprozeß innerhalb der Partei, vor allem der Regierungsparteien, und erreicht seinen Höhepunkt in der Arbeiterpartei unter der Führung von Itzhak Rabin. Die Parteien waren kaum noch in der Lage, ihre Nebenzentren zu koordinieren, Mittel zuzuweisen und Forderungen und Standpunkte (weder in der Innen- noch in der Außenpolitik) zu formulieren. Gleichzeitig mit und infolge der Parteienschwächung ging es mit der Fähigkeit des gesamten politischen Systems, über die sekundären Einflußzentren

hinweg die normalen Spielregeln des Verhandeln und Kompromissenschließens weiter einzuhalten, steil bergab<sup>33</sup>).

Die zunehmende Entmachtung der nationalen Parteizentren und das damit einhergehende Unvermögen der Regierung, sich innen- oder außenpolitisch zu artikulieren, wurde zweifellos durch das kaum zu verleugnende Verblasen des Ansehens und Einflusses der nationalen Führungsspitze weiter verstärkt<sup>34</sup>). War

<sup>30</sup>) David Ben-Gurion, *Israel: A Personal History*, Tel Aviv 1972, Kap. 2; Avraham Avi-hai, *Ben Gurion: State Builder*, New York 1974, Teil II; Michael Bar-Zohar, *Ben-Gurion*, Tel Aviv 1977, 2. Jahrgang (hebräisch); Noah Lucas, *The Modern History of Israel*, London 1974, Kap. 12 u. 13; Amos Perlmutter, *Military and Politics in Israel: Nation-Building and Role Expansion*, London 1969; Edward Luttwak und Dan Horowitz, *The Israeli Army*, London 1975, Kap. 1.

<sup>31</sup>) David Nachmias, *Coalition Politics in Israeli*, in: *Comparative Political Studies*, 7. Jahrgang, Nr. 3, Oktober 1974.

<sup>32</sup>) Amos Elon, *The Israelis: Founders and Sons*, London 1971, Kap. 11.

<sup>33</sup>) Itzhak Galnoor, *Changes in the Israeli Political System Since the Yom Kippur War*, in: *Medina, Mimshal ve-Yahsmi Beinleumiyyim*, 11. Jahrgang, Winter 1977 (hebräisch).

<sup>34</sup>) Zur Literatur über Elitegruppen und politische Führung in Israel gehören auch Lester G. Seligman, *Leadership in an New Nation: Political Development in Israel*, New York 1964; Yuval Elizur und Eliahu Salpeter, *Who Rules Israel?*, New York 1973; R. Hrair Dekmejian, *Patterns of Political Leadership: Egypt, Israel, Lebanon*, Albany 1975; Efraim Torgovnik, in: Frank Tachau, *Israel: The Persistent Elite*, in: *Political Elites and Political Development in the*

Ben Gurions Führungsstil einmal der eines Politikers gewesen, der sich in Fragen der Außenpolitik und der Landesverteidigung nicht hineinreden ließ, so erteilte selbst ihm seine Partei schließlich eine Abfuhr und zwang ihn 1963, sein Amt niederzulegen. Sein Nachfolger Levi Eshkol war ein hochbegabter Wirtschaftsmanager, ein populärer Parteiführer und der beste Kabinettsvorsitzende in der Geschichte Israels. Während der politischen Krise am Vorabend des Sechs-Tage-Krieges war er jedoch gezwungen, das Verteidigungsministerium Dayan zu überantworten. Es ist ihm anschließend nie wieder gelungen, seine Autorität zu reetablieren oder die Regierung in jene flexible und gemäßigte Richtung zu lenken, für die er allgemein bekannt war.

Golda Meir, die nach Eshkols Tod im Jahre 1969 von ihrer Partei aus dem Ruhestand zurückgeholt wurde, riß augenblicklich alle verfügbare Macht an sich. Ihre Stellung innerhalb der Partei war ungeheuer stark, und sie führte ihr Kabinett mit unbestrittener Autorität. Ihre höchste Priorität als Parteiführerin galt indessen der Aufrechterhaltung der Einheit der Partei selbst um den Preis des Vermeidens von Entscheidungen. Als Ministerpräsidentin war sie temperamentbedingt eher geneigt, dem Druck von außen standzuhalten als eine definitive langfristige Außenpolitik zu planen. Die Zeit ihrer Ministerpräsidentschaft war in den Worten ihres Außenminister „in erster Linie eine Übung in Krisenmanagement“<sup>35)</sup>. Ihr stoisches Temperament schlug sich in sehr konkretem Sinne in einer nationalen Haltung nieder, die ihre Amtszeit zu einem der unfruchtbarsten und stagnierendsten Kapitel in den Annalen der israelischen Außenpolitik werden ließ.

Als Itzhak Rabin 1974 die Regierung übernahm, konzentrierten sich auf ihn alle Hoffnungen auf eine Reform und Neubelebung seiner Partei — darauf, daß er den längst überfälligen Wandel in der Außenpolitik seiner Vorgängerin einleiten, neue nationale Zielsetzungen im Einklang mit den veränderten Voraussetzungen nach dem Oktoberkrieg formulieren und aktiv auf ihre Durchsetzung hinwirken würde. Er entpuppte sich jedoch als

*Middle East*, New York 1975, und Emanuel Gutmann und Jacob M. Landau, *The Political Elite and National Leadership in Israel*, in: George Lenczowski (Hrsg.), *Political Elites in the Middle East*, Washington 1975. Über die Führung der Labour Partei schreiben Peter Medding, *Mapai in Israel*, London 1972, und Myron J. Aronoff, *Power and Ritual in the Israeli Labour Party*, Amsterdam 1977.

<sup>35)</sup> Eban, *An Autobiography*, S. 597.

schwacher und farbloser Regierungschef und Parteiführer, dem die reale Einflußbasis fehlte und der auch nicht in der Lage war, sie sich aufzubauen, als Vorsitzender einer zutiefst entzweiten Partei und Ministerpräsident einer labilen Koalitionsregierung. Angesichts unzähliger, miteinander nicht zu vereinbarenden Forderungen und eines unverhüllten Fragezeichens hinter seiner eigenen Stellung zielte seine Strategie in erster Linie auf Zeitgewinn und auf das Vermeiden von Aktionen ab, die die Sicherheit seiner ohnehin wankenden Koalition weiter hätten gefährden können. Ohne allzu große Übertreibung kann man behaupten, daß die vorherige Regierung durch den Mangel an *Bereitschaft*, Entscheidungen um den Preis möglicher Spaltungen zu riskieren, gekennzeichnet war, die neue Regierung aufgrund der bestehenden Spaltungen in Land, Regierung und Partei jedoch den Stempel der *Entscheidungsunfähigkeit* trug<sup>36)</sup>.

Als Rabin nach den Mai-Wahlen von 1977 durch Menachem Begin ersetzt wurde, erwartete man in dieser Hinsicht einschneidende Veränderungen. Denn Begin hatte sich viele Jahre hindurch als unbestrittener Führer seiner Partei erwiesen, manchmal sogar in einer Weise, die den Vorwurf des Personenkults provozierte. Er war ein einfallsreicher und rücksichtsloser Führer im Untergrund gewesen, ein anfeuernder Redner, der die innerparteilichen Vorgänge hervorragend im Griff hatte und der die Versuche von „Jungtürken“ wie Shmuel Tamir, Ezer Weizman und Ariel Sharon, ihn von der Parteispitze zu entfernen, immer wieder zu durchkreuzen vermochte. Daher schien es so gut wie sicher, daß seine Regierung geschlossen und klar handeln würde. Während der ersten beiden Jahre seiner Ministerpräsidentschaft vermittelte Begin in der Tat den Eindruck, als würde er diesen Hoffnungen gerecht werden. Er regierte sein Kabinett eigenmächtig — wozu er nach Meinung der Presse sogar nur eine Hand brauchte —, er reagierte souverän auf die Friedensinitiative von Sadat und zeigte auch Stärke genug, um seinen Finanzminister zu ermächtigen, einen tiefgreifenden Wandel in der Wirtschaft in die Wege zu leiten. Doch in den letzten zwei Jahren seiner Regierungszeit verlor Begin die Herrschaft über sein Kabinett so deutlich, daß alle Fehlleistungen der Ära Rabin sich wiederholen konnten, manchmal sogar in noch schlimmerer Form. Die Kabinettsitzungen sind zu einer Bühne für lächerliche Zänkereien geworden, Minister unternehmen

<sup>36)</sup> Safran, *Israel — The Embattled Ally*, S. 190.

eigenmächtige Aktionen und beschimpfen einander in der Öffentlichkeit. Wichtige politische Entscheidungen werden entweder endlos aufgeschoben oder ohne hinreichende Vorbereitung gefällt. Kurz, ein Zustand, der der Herrschaft des Chaos ähnelt, ist eingetreten.

Einer der überraschendsten Aspekte dieser im übrigen äußerst wechselvollen Geschichte ist die relativ geringe Bewegung im Grundgefüge der großen politischen Lager. Die soziale Basis des politischen Systems hatte sich von einer hauptsächlich osteuropäischen, ideologisierten Gesellschaft zu einem buntgewürfelten heterogenen Gemisch aus Orientalen, Sabres und ideologisch indifferenten Neuankömmlingen aus Osteuropa gewandelt, das von der gemeinsamen Tradition (Judentum), einem gemeinsamen Feind (den Arabern) und dem ihnen allen gemeinsamen Ethos eines extremen Pragmatismus zusammengehalten wurde. Das Parteiensystem dieses brodelnden Schmelztiegels, dessen zahlreiche Ingredienzien seit jeher Parteienvielfalt hervorgebracht hatten, und zwar sowohl vorwiegend kleine als auch ideologisch weit auseinanderklaffende Parteien, war einer großen Zahl von Abspaltungen und Zusammenschlüssen unterworfen<sup>37)</sup>. Die drei Hauptblöcke jedoch — Mitte-Links, Mitte-Rechts und religiöse Parteien — blieben im wesentlichen bestehen und verstärkten in einigen Fällen sogar noch ihre formelle Geschlossenheit. Bezeichnenderweise endeten auch die beiden wichtigsten Versuche einer Modernisierung der Parteilinie — also vor allem Ben Gurions Bruch mit Mapai 1965 und die vor den Wahlen von 1977 von Igal Yadin initiierte Bildung der Demokratischen Bewegung für die Veränderung — mit katastrophalen Fehlschlägen. Ben Gurions Partei, die bei den Wahlen von 1965 nur zehn Sitze errang, kehrte schließlich innerhalb der 1968 gebildeten Labour-Gruppierung zu Mapai zurück, während sich die übrig gebliebene obskure Splittergruppe der Bewegung für ein größeres Israel und dem Likud anschloß. Die Demokratische Bewegung für die Veränderung war nach den Wahlen von 1977, nach kaum einem Jahr außerhalb der traditionellen Blöcke, bereits keine einige Partei mehr. „Morphologisch“ gesehen hatte sich in der politischen Landschaft ein erheblicher Wechsel vollzogen; in sozusagen „geologischer“ Hin-

sicht allerdings waren die Formationen im wesentlichen intakt geblieben.

Einer grundlegenden Umgruppierung des Parteiensystems standen vor allem zwei Faktoren entgegen: wohlverworbene Rechte und die Begleiterscheinungen der Herausbildung einer sozio-politisch gespaltenen Grundstruktur. Die meisten großen Parteien besaßen fest etablierte organisatorische Infrastrukturen, eine Reihe von Rechten (und Pflichten) und gewährten ihrer Anhängerschaft Protektion sowie eine Reihe von Dienstleistungen. Die Kräfte der Trägheit und die Wahrung der wohlverworbenen Rechte hielten sie zusammen; und Meinungsverschiedenheiten wurden aus Angst vor materiellen Verlusten und unerwünschten wahlpolitischen Konsequenzen gewöhnlich nicht bis auf die Spitze getrieben. Das Experiment von Rafi diente allen Gruppen innerhalb der großen Parteien, die von der Bildung einer unabhängigen Partei träumten, als Warnung.

Außerdem wirkte die Parteienstruktur mit ihren vielen Kreuz- und Querspaltungen einer Umgliederung des Parteiensystems ohnehin entgegen. Wie bereits erwähnt, waren in den Tagen vor der Staatsgründung drei Hauptachsen zu erkennen: 1. die sozio-ökonomischen Orientierungen nach europäischem Links-Rechts-Schema; 2. die Spannung zwischen religiösen und weltlichen Positionen; 3. Mäßigung kontra Aktivismus in der Außenpolitik. Während der ersten beiden Jahrzehnte ging die Bedeutung der ersten Achse merklich zurück. Dafür entstand nach der ‚Einsammlung der Exilierten‘ eine neue, ethnische Kluft zwischen europäischen und orientalischen Juden. Die Aufspaltung in Nichtreligiöse und Religiöse innerhalb der Parteienstruktur spiegelte sich weiterhin ziemlich präzise im Fortbestehen der religiösen Parteien — der Nationalreligiösen Partei (NRP), der Agudath Ysrael und der Poalei Agudath Israel — wider. Auch kamen die Interessen der religiösen Minderheit trotz wiederholter Kontroversen und Krisen nach wie vor durch die im Rahmen des sogenannten ‚religiösen Status quo‘ geschlossenen Kompromisse wirksam zur Geltung<sup>38)</sup>. Der Einfluß der Kluft zwischen den europäischen und den orientalischen Juden auf das bestehende Parteiensystem blieb minimal aufgrund der erfolgreichen Politik der Einbeziehung einiger orientalischer Notablen in die von den „Europäern“ kontrollierten Parteien. Den

<sup>37)</sup> Emanuel Gutmann, *Parties and Camps — Stability and Change*, in: Moshe Lissak und Emanuel Gutmann (Hrsg.), *Hama'arekhet Hapolitit Hayisra'elit* (Das politische System Israels), Tel Aviv 1977.

<sup>38)</sup> Ervin Birnbaum, *The Politics of Compromise: State and Religion in Israel*, Rutherford 1970.

„Orientalen“ wurde damit das Image potentieller Führungspersönlichkeiten verliehen und, wie es schien, die Möglichkeit eröffnet, sich in unabhängigen ethnischen Parteien erfolgreich zu organisieren<sup>39)</sup>.

Das außenpolitische Schisma innerhalb der Mapai-Partei, wo auf der einen Seite die Aktivisten unter der Führung Ben Gurions und auf der anderen die von Moshe Sharett angeführten Gemäßigten standen, verschwand zusehends, nachdem letztere 1955 das Außenministerium aus der Hand geben mußten. Trotz latenter Meinungsverschiedenheiten entstand in dem Jahrzehnt relativer Sicherheit und Ruhe nach dem Suezkrieg von 1956 ein brauchbarer Konsens hinsichtlich der Ziele und Methoden der israelischen Außenpolitik. Der gleiche Trend in Richtung auf einen Konsens und zur politischen Mitte hin war in dem sich wandelnden außenpolitischen Programm der rechten Opposition der traditionellen Fal-

ken zu erkennen. Selbst nach den Waffenstillstandsvereinbarungen von 1949 hatte Begin's Herut-Partei noch ihr traditionelles Motto „Israel auf beiden Seiten des Jordans“ aufrechterhalten und damit die historischen Grenzen des alten Israel beansprucht. Diese Forderung wurde nach dem Zusammenschluß von Herut und den Allgemeinen Zionisten (General Zionists), der 1965 zur Bildung des Gahal-Blockes führte, jedoch fallengelassen. In der Wahlplattform des Gahal-Blockes zu den Wahlen 1965, in der er sich „beharrliches Streben nach Frieden mit den arabischen Völkern“ aufs Banner schrieb, ist von den historischen Grenzen von Eretz Israel nicht mehr die Rede<sup>40)</sup>. Somit kristallisierte sich im zweiten Jahrzehnt der Unabhängigkeit ein nationaler Konsens zugunsten einer pragmatischen Außenpolitik und der Anerkennung der Waffenstillstandslinien von 1949 als den bleibenden Staatsgrenzen heraus.

## Die Zukunft der besetzten Gebiete: Unterschiedliche Standpunkte

Dieser Konsens wurde durch den Sechs-Tage-Krieg, in dessen Verlauf Israel die Golanhöhen, den gesamten Sinai und — bezeichnenderweise — das Westufer des Jordans besetzte, mit dem als Teil der historischen Heimstätte starke ideologische und emotionale Assoziationen verbunden sind, zunichte. In dieser neuen Situation kamen die latenten Meinungsverschiedenheiten über die Außenpolitik machtvoller denn je zum Tragen, während gleichzeitig eine hitzige Debatte über die territorialen und demographischen Ansprüche des Zionismus entbrannte. Diese ungewöhnlich scharfe Kontroverse hatte bald alle politischen Kräfte des Landes in ihren Bann gezogen.

Im wesentlichen ging es dabei um die Frage, ob die 1967 besetzten Gebiete ganz oder teilweise und für welche Gegenleistungen zurückgegeben werden sollten. Zu dieser komplexen Frage kristallisierten sich sechs Grundantworten heraus: 1. Das „aktivistische“ Extrem der Bewegung für ein größeres Israel wird durch die *kompromißlosen Falken* verkörpert, die die Rückgabe jeglicher Territorien und die Anerkennung der Rechte der Palästinenser selbst im Austausch für Frieden mit den Arabern ablehnen. 2. Ihnen stehen die *militanten Falken* am nächsten, die zwar zu Kon-

zessionen im Hinblick auf den Sinai und die Golanhöhen bereit sind, jedoch am Jordan als Israels politischer Grenze an der Ostfront festhalten, wodurch ipso facto jegliche Anerkennung von Rechten für die Palästinenser ausgeschlossen wird, es sei denn auf Kosten Jordaniens. 3. Nach ihnen kommen die *gemäßigten Falken*. Sie vertreten denselben Standpunkt wie die vorher genannte Gruppe, mit dem einzigen Unterschied, daß sie für den Jordan als Israels *strategische*, nicht *politische* Grenze eintreten. Dieser Unterschied impliziert die Bereitschaft zu einem funktionell geteilten Status, unter dem die Bevölkerung des Westufers wieder der jordanischen Verwaltung unterstellt wird, während Israel die militärische Aufsicht über das Gebiet behält. 4. Die nächste Gruppe sind die *gemäßigten Tauben*. Sie sind zu einem weitreichenden territorialen Kompromiß im Hinblick auf das Westufer bereit und möchten die frühere Grenze zu Jordanien nur insoweit verändert sehen, als es die Aufrechterhaltung der Sicherheit des Staates erfordert. 5. Neben ihnen stehen die *militanten Tauben*, die als Gegenleistung für einen ‚realen‘ Frieden alle Territorien an die Araber zurückgeben und selbst die Errichtung eines palästinensischen Staates in Israels Rücken (möglicherweise innerhalb einer Konföderation mit Jordanien) zulassen würden. 6. Den

<sup>39)</sup> Sammy Smooha, *Israel: Pluralism and Conflict*, London 1978.

<sup>40)</sup> Brecher, *The Foreign Policy System of Israel*, S. 173—174.

Abschluß bildet das extreme Lager am anderen Ende der Skala, die *kompromißlosen Tauben*. Unter ihnen findet man hauptsächlich Mitglieder der kommunistischen Partei, die den unilateralen Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten fordern und für die Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates unter der Führung der PLO eintreten.

Vier dieser Gruppierungen — vom extremen Pol der Falken bis zur Mitte hin — sind innerhalb des Likud-Blockes vertreten, fünf von ihnen innerhalb der Labour-Opposition. Es gibt also Überschneidungen. Der regierende Likud-Block umfaßt kompromißlose Falken wie Geula Cohen und Moshe Shamir, militante Falken wie Begin selbst, Igal Horowitz, Itzhak Shamir und Moshe Arens, gemäßigte Falken wie Ezer Weizman und Simha Ehrlich, und gemäßigte Tauben wie S. Z. Abramov. Innerhalb der NRP sind militante Falken wie Itzhak Ben Meir und Zebulun Hammer, gemäßigten Falken wie Joseph Burg und gemäßigte Tauben wie David Glass anzutreffen. Zur Labour-MA-PAM-Opposition gehören beispielsweise die militanten Falken Amos Hadar und Shoshana Arbeli-Almuznino, die gemäßigten Falken Gad Yaakobi und Shimon Peres, die gemäßigten Tauben Haim Zadok und Haim Barlev, und die militanten Tauben Abba Eban, Yosi Sarid und Naftali Feder. Sehr bezeichnend für die Lage ist der Ausgang des Versuches der Demokratischen Bewegung für den Wandel, mit ihrer Plattform für soziale und wirtschaftliche Reformen das Zentrum der Wählerschaft um sich zu scharen, ohne zuvor eine eindeutige außenpolitische Stellung zu beziehen. Daraufhin brach die Partei bereits im ersten Jahr nach den Wahlen in Falken und Tauben auseinander. Man kann daher mit vollem Recht behaupten, daß in Israel gegenwärtig keine Regierungskoalition denkbar ist, die nicht mindestens vier der sechs möglichen Positionen in sich vereinigt.

Diese Gruppen sind jedoch außerdem noch mehrmals sozusagen ‚horizontal‘ gespalten, und zwar vor allem in religiöse und nichtreligiöse sowie in die Ashkenazim und Sephardim. Infolgedessen dürfte — selbst unter der Voraussetzung, daß eine tiefgreifende Umgruppierung des Parteiensystems technisch durchführbar wäre — das Resultat, gemessen an einer stabilen und damit effektiven Machtkonzentration, gleich Null sein. Selbst wenn die neuen Parteien sich beiderseits der außenpolitischen Trennlinie „Falken-Tauben“ formieren würden, wären sie durch die beiden übrigen Spaltungen noch immer hoffnungslos zersplit-

tert. Dies gilt ebenso für den umgekehrten Fall.

Unter diesen Umständen basieren Koalitionsregierungen auf einem sehr vage umrissenen Programm und sind dem Druck wechselnder Kombinationen parlamentarischer und außerparlamentarischer Kräfte wie zum Beispiel dem des *Gush Emunim* (Block der Getreuen) ausgesetzt, die sich praktisch von keiner formellen Parteilinie eingrenzen lassen. Dies gilt sowohl für die regierende Koalition als auch für das oppositionelle Lager. Infolgedessen ist sowohl im Hinblick auf die Außenpolitik als auch auf eine Reihe innenpolitischer Themen eine merkwürdige Situation entstanden. Obschon alle Regierungen — mit einer kurzen Ausnahme im Jahr 1974 — über eine hinreichende parlamentarische Mehrheit verfügen, gelingt es ihnen durchweg nur unter größten Schwierigkeiten, für eindeutige außenpolitische Aktionen die Zustimmung ihrer eigenen Mitglieder zu erlangen. Wird eine Position bezogen, die mehr aus dem Lager der Tauben kommt, enthalten sich die Falken in der Regierung, oder sie stimmen ganz und gar dagegen. Auf entsprechende Schwierigkeiten stoßen die Vorhaben der Falken.

Darüber hinaus werden die Anhänger bestimmter Standpunkte (aus dem Lager der Tauben oder auch dem der Falken) gelegentlich durch Äußerungen oder Vorschläge von Politikern, die denselben Standpunkt vertreten, jedoch einer anderen Partei angehören, zu wortreichem Aktivismus veranlaßt, da ihr Einfluß in erheblichem Maße auf ihrer eindeutigen Identifikation mit diesen Ansichten beruht<sup>41)</sup>. Auf diese Weise üben die extremen Lager des Spektrums oder zumindest die kompromißlosen Falken auf der einen und die militanten Tauben auf der anderen Seite einen Einfluß ganz besonderer Art auf die Mitte aus, das heißt, diejenigen Mitglieder der Knesset, die den Tauben angehören, und andererseits diejenigen, die den Falken zuzurechnen sind, agieren im Grunde als Sprachrohr der „reinen“ Extreme, wenn natürlich auch in gemäßigten Versionen. Hinzu kommt folgendes: Das Zentrum des Spektrums besteht aus Pragmatikern, die es, bedingt durch ihren Pragmatismus, verhältnismäßig leicht haben, die Minister auf ihre Seite zu ziehen. In anderen Worten könnte man sagen, daß die Minister, die ja von ihren Parteifreunden und nicht vom Ministerpräsidenten gewählt werden, diese An-

<sup>41)</sup> Interview mit Yossi Sarid, einem Mitglied der Labour-Partei und der Knesset, Juli 1977.

sichten dann selber auf die Kabinetts-ebene tragen. Daher sind Kabinettsdebatten über außenpolitische Themen modifizierte Ausgaben der parlamentarischen und sogar der öffentlichen Debatten über denselben Fragenkomplex. Dies ist der Grund dafür, daß sie häufig so langatmig, polarisiert und unentschlossen geführt werden; der Grund auch dafür, daß

es die meisten Ministerpräsidenten vorgezogen haben, Grundsatzentscheidungen entweder allein oder gemeinsam mit einem kleinen, inoffiziellen „Küchenkabinett“ zu treffen<sup>42)</sup>, und schließlich auch der Grund dafür, daß die israelische Außenpolitik seit 1967 derart kurzfristig, reaktionsträge, arm an Initiative und unflexibel ist.

## Schlußbemerkung

Ziel des vorstehenden Beitrages war weder eine Kritik noch eine Verteidigung der Außenpolitik Israels seit 1967. Es handelt sich vielmehr um den Versuch, jene Faktoren ausfindig zu machen und zu erklären, die für die Formulierung dieser Politik entscheidend waren. Hierbei wird die innere politische Struktur — die ihrerseits die sozialen Verhältnisse Israels widerspiegelt — als wichtigster Faktor für die Periode von 1967 bis 1980 ermittelt. Anders ausgedrückt: Die für Israels Außenpolitik Verantwortlichen mögen ihre persönlichen Neigungen, Hoffnungen und Befürchtungen haben, und das System der Entscheidungsfindung in der israelischen Außenpolitik mag unzureichend ausgebildet sein: Was aber letztlich den Gang der israelischen Außenpolitik bestimmt, sind nicht diese Faktoren, sondern ein kompliziertes Ringen zwischen viel gewichtigeren politischen Größen innerhalb Israels. Es ist wohl so, daß die mangelnde Flexibilität Israels gegenüber dem Ausland ein Preis dafür ist, daß im Lande selbst ein freies und demokratisches System aufrechterhalten werden kann. Dies wurde schon sehr deutlich

während der Regierungszeit Rabins, schien weniger ins Auge zu springen während der ersten beiden Jahre der Amtszeit Begin's, wurde aber als entscheidender Faktor aufs neue während der letzten beiden Jahre seiner Ministerpräsidentschaft sichtbar. Wenn wir eine Prognose wagen wollen: Es scheint fast sicher, daß sich insoweit auch nach den Wahlen vom 30. Juni 1981 nichts ändern wird, unabhängig davon, ob Begin's Likud-Block oder die Vereinigte Arbeiterpartei von Peres gewinnen wird<sup>43)</sup>.

<sup>42)</sup> Brownstein, *Decision-Making in Israel Foreign Policy*, S. 263.

<sup>43)</sup> Vgl. als Fallstudie, die diese Hypothese in Verbindung mit Israels umstrittenen Siedlungen in den Westbanks prüft: A. Yaniv, Y. Yishai, *Israeli settlements in the West Bank: The Politics of Intransigence* (im Erscheinen begriffen). Vgl. ferner den Versuch, die Faktoren zu ermitteln, die die Innenpolitik allgemein mit der Außenpolitik verschränken: A. Yaniv, *Domestic Structure and External Flexibility: A Systematic Restatement of a Neglected Theme*, in: *Journal of International Studies*, Vol. 8, No. 1 (Spring 1978).

## **Guntram von Schenck: Die außenpolitischen Implikationen des Rüstungsgeschäfts mit Saudi-Arabien**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/81, S. 3—11

Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich auf die außenpolitischen Aspekte eines Rüstungsgeschäfts mit Saudi-Arabien und analysiert die Rolle dieses Landes im politischen Interessengeflecht des Vorderen Orients. Saudi-Arabien ist Partei im israelisch-arabischen Konflikt, auch wenn es eher mäßigend auf die anderen arabischen Staaten einwirkt. Zusammen mit dem Irak und Jordanien bemüht sich Saudi-Arabien in einem Regionalbündnis, den Persischen Golf aus dem Ost-West-Gegensatz herauszuhalten; regional unterstützt es den Irak in dessen Krieg mit dem revolutionären Iran.

Das Waffengeschäft mit Saudi-Arabien würde die deutsch-saudische Zusammenarbeit um eine sicherheitspolitische Komponente erweitern und sie voraussichtlich auf wirtschaftlichem Gebiet vertiefen; es würde aber auch wechselseitige Abhängigkeiten schaffen. Mögliche Auswirkungen auf die innere Stabilität Saudi-Arabiens, dessen politische Strukturen aufgrund der forcierten Modernisierung des Landes Belastungen ausgesetzt sind, sollten in der Diskussion um das Rüstungsgeschäft nicht unberücksichtigt bleiben. Bei der Entscheidung über den Waffenexport muß insgesamt eine sorgfältige Abwägung vorgenommen werden zwischen den unterschiedlichen außenpolitischen Aspekten und den eindeutigen wirtschaftlichen Vorteilen des Waffengeschäftes mit Saudi-Arabien.

## **Bassam Tibi: Die iranische Revolution und die Re-Islamisierung im Lichte des Nord-Süd-Konflikts**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/81, S. 12—26

Die in Iran dominierende schiitische Variante des Islam unterscheidet sich von den arabischen sunnitischen Formen derselben Religion dadurch, daß sie oppositionell und nicht legitimatorisch ist. Aber trotz dieser Tatsache bleibt jeder Versuch, den Schah-Sturz mittels einer von dem schiitischen Klerus angeführten Revolution allein mit dem Islam zu erklären, inadäquat. Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht die These, daß die regionalen und weltgesellschaftlichen Bedingungen der zwar islamisch legitimierten, aber nicht als islamisch zu deutenden Revolution in Iran untersucht werden müssen, um diese Bewegung zu verstehen. Die Re-Islamisierung wurde nicht in Iran eingeleitet; dort handelt es sich nur um eine der Varianten dieses Phänomens.

Die immer tiefer werdende Kluft im Nord-Süd-Gefälle und das Scheitern einer westlichen Orientierung dokumentieren die gegenwärtige Entwicklung im Nord-Süd-Konflikt, ohne deren Berücksichtigung die Ereignisse in Iran nicht begriffen werden können. Diese Probleme werden im vorliegenden Aufsatz auf mehreren Ebenen behandelt: Der Versuch des Schah, den Iran mit Hilfe der Erdöleinnahmen von oben per Dekret und unter den Herrschaftsbedingungen einer orientalischen Despotie zu modernisieren, führte das Land in eine ökonomische, politische und kulturelle Krise. Ein rapider sozialer Wandel wurde eingeleitet, in dessen Verlauf die bisherigen Strukturen aufgelöst wurden, ohne daß neue Sozialgebilde entstanden. In dieser Krise wurde der Islam als Widerstandsideologie mobilisiert. Dies wurde durch das Fehlen politischer Institutionen noch begünstigt.

Nach dem Sturz der Pahlevi-Dynastie stellt sich die Frage, ob die Re-Islamisierung eine Alternative bietet. Eine Analyse der Ansätze einer islamischen Wirtschaftslehre und eine Diskussion der Frage, ob der heutige Islam eine Veränderungsstrategie bietet, führten zu dem Ergebnis, daß die iranische Revolution über keine Strategie zur Überwindung von Unterentwicklung und zur Verringerung des Nord-Süd-Gefälles verfügt. Die Kritik an den fundamentalistischen Formen des Islam in Iran wird mit der These verbunden, daß eine Modernisierung des Orients ohne Berücksichtigung des Islam immer fehlschlagen wird, wie das Schah-Experiment verdeutlicht.

## Avner Yaniv/Avi Shlaim: Die innenpolitischen Determinanten der israelischen Außenpolitik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/81, S. 27—38

Israels Außenpolitik seit 1967 war unsystematisch, arm an Initiative und überwiegend reaktiv. Das Jahrzehnt nach seinem überwältigenden militärischen Sieg im Sechs-Tage-Krieg ist in erster Linie durch Zaudern und Immobilismus auf der Ebene der Diplomatie gekennzeichnet, durch übergroße Vorsicht und ein hartnäckiges Festklammern am Status quo.

Der Beitrag der beiden Autoren beabsichtigt indessen mit diesen Feststellungen weder eine Kritik noch eine Verteidigung der Außenpolitik Israels seit 1967. Er versucht vielmehr, jene Faktoren ausfindig zu machen, die für die Formulierung dieser Politik entscheidend waren. Hierbei wird die innere politische Struktur als wichtigste Determinante für die Periode von 1967 bis 1980 ermittelt. Was letztlich den Gang der israelischen Außenpolitik bestimmt, ist die ungewöhnlich scharfe und komplizierte Kontroverse um die Zukunft der besetzten Gebiete, die nach dem Sechs-Tage-Krieg alle politischen Kräfte des Landes in ihren Bann gezogen hat. Im wesentlichen geht es dabei um die Frage, ob diese Gebiete ganz oder teilweise und für welche Gegenleistungen zurückgegeben werden sollten. Zu dieser komplexen Frage kristallisierten sich sechs Grundantworten heraus — mit einer Spannweite von den extremen „Falken“ bis zu den extremen „Tauben“. Vier dieser Gruppierungen sind innerhalb des Likud-Blocks vertreten, fünf von ihnen innerhalb der Labour-Opposition. Unter diesen Umständen basieren Koalitionsregierungen auf einem sehr vage umrissenen Programm, und obschon alle Regierungen über eine hinreichende parlamentarische Mehrheit verfügten, gelang es ihnen durchweg nur unter größten Schwierigkeiten, für eindeutige außenpolitische Aktionen die Zustimmung ihrer eigenen Mitglieder zu erlangen. Man kann daher auch die These vertreten, daß die mangelnde Flexibilität Israels gegenüber dem Ausland der Preis für einen breiten demokratischen Konsens ist, der nur dadurch hergestellt werden kann, daß Außenpolitik nach dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners zwischen den Falken und Tauben gemacht wird. Es scheint fast sicher, daß sich insofern auch nach der Wahl vom 30. Juni 1981 nichts ändern wird, unabhängig davon, ob Begins Likud-Block oder die Vereinigte Arbeiterpartei von Peres gewinnen wird.